

Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss (HGB)
zum 31. Dezember 2008



Deutsche Postbank AG, Bonn
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

2	Lagebericht
32	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008
34	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008
36	Anhang
62	Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2008

Weltwirtschaft im Abschwung

Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamte sich 2008 spürbar. Zwar zeigte sich die globale Konjunktur zu Beginn des Jahres noch robust. Im Jahresverlauf griffen jedoch die von den USA ausgehenden Abschwächungstendenzen auf immer mehr Länder und Regionen über. Dabei wirkte sich der zeitweilig extrem hohe Ölpreis vor allem in den Industrieländern stark belastend aus. Die Eskalation der Finanzmarktkrise im September verstärkte den Negativtrend noch. Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2008 nur um 3,4% nach rund 5% im Vorjahr.

In den Vereinigten Staaten entwickelte sich die Binnenwirtschaft im gesamten Jahr 2008 sehr schwach. Sie litt unter der anhaltenden Immobilienkrise, dem zeitweise sehr hohen Ölpreis und der Krise an den Finanzmärkten. In der Folge wurden die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen kräftig gedrosselt. Der private Verbrauch kam im ganzen Jahresverlauf kaum über das Niveau der Stagnation hinaus, in der zweiten Jahreshälfte schrumpfte er sogar. Gestützt wurde die US-Konjunktur dagegen vom Außenhandel, wobei die von ihm ausgehenden Impulse im zweiten Halbjahr im Zuge des globalen Wirtschaftsabschwungs spürbar an Kraft verloren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2008 nur noch um 1,3%; dies war der geringste Zuwachs seit dem Rezessionsjahr 2001.

Auch Asien konnte sich den weltweiten Tendenzen nicht entziehen. Nach einem positiven Jahresauftakt schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik immer mehr ab. In China reduzierte sich das BIP-Wachstum 2008 auf 9,0%. Hierfür verantwortlich waren deutlich geringere Impulse aus dem Export, wobei immer noch ein Plus von 17,2% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen war. Auch Japan wurde aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit besonders stark durch die globale Wirtschaftsentwicklung belastet. Das Auslandsgeschäft verlor an Zugkraft, und die Unternehmen schränkten ihre Investitionen aufgrund der geringeren Absatzerwartungen erheblich ein. Das Land fiel daraufhin in eine kräftige Rezession. Das BIP schrumpfte im Berichtsjahr um 0,4%.

Nach einem guten Start ins Jahr 2008 begann für die Wirtschaft des Euroraums im zweiten Quartal eine Talfahrt. Der private Verbrauch litt unter dem hohen Ölpreis und der damit verbundenen Beschleunigung der Inflation. Der Export wurde in zunehmendem Maße durch den sehr starken Euro erschwert. In diesem Umfeld führen schließlich auch die Unternehmen ihre Investitionen zurück. Zwar sank der Ölpreis in der zweiten Jahreshälfte massiv, und der Euro wurde kräftig abgewertet die hieraus erwartbaren positiven Impulse kamen jedoch aufgrund der Eskalation der Finanzmarktkrise nicht zum Tragen. So setzten sich die rezessiven Tendenzen bis zum Jahresende fort und verstärkten sich sogar noch. Die Summe der Belastungen führte dazu, dass das BIP des Euroraums 2008 lediglich um 0,9% wuchs und damit weit hinter dem Zuwachs des Vorjahres in Höhe von 2,6% zurückblieb.

Deutsche Wirtschaft in der Rezession

In Deutschland steigerte sich die Wirtschaftsleistung 2008 mit einem Plus von 1,3% zwar spürbar stärker als im gesamten Euro-Raum, aber auch hier wurde das Wachstum des Vorjahres von 2,5% deutlich unterschritten. Zudem war das noch relativ günstige Ergebnis ausschließlich einer sehr dynamischen Entwicklung zu Jahresbeginn zu verdanken. Ab dem Frühjahr fiel auch die deutsche Wirtschaft in eine Rezession. Als Folge der massiven Euro-Aufwertung in der ersten Jahreshälfte und der sich deutlich abschwächenden Weltkonjunktur legten die Exporte 2008 nur noch verhalten zu, sodass der Außenhandel anders als in den Vorjahren keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag mehr liefern konnte. Der private Verbrauch wurde durch einen starken Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise belastet und stagnierte im Vorjahresvergleich. Dabei waren durchaus Voraussetzungen gegeben, die zu einer kräftigen Ausweitung des Konsums in Deutschland hätten führen können: Die Zahl der Arbeitslosen sank im Berichtsjahr erstmals seit 1992 zeitweise unter die Marke von 3 Millionen, im Jahresdurchschnitt wurde eine halbe Million Arbeitslose weniger gezählt als im Jahr 2007. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresverlauf von 8,2% auf 7,5% zurück.

Ein vergleichsweise erfreuliches Bild boten 2008 noch die Investitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen mit 4,1% fast ebenso stark wie im vorangegangenen Jahr. Auch in den einzelnen Teilbereichen waren ähnliche Entwicklungen zu beobachten wie 2007: Während Ausrüstungsinvestitionen (5,3%) und Wirtschaftsbau (6,7%) kräftig zulegten, erreichten die Wohnungsbauinvestitionen lediglich ein mageres Plus von 0,7%. In allen Bereichen kam es 2008 nach einem durch Sondereffekte bedingten starken Jahresauftakt zu einer massiven Wachstumsverlangsamung. Die Ausrüstungsinvestitionen begannen in der zweiten Jahreshälfte zu sinken, bei den Bauinvestitionen waren im gleichen Zeitraum zumindest noch moderate Zuwächse zu verzeichnen.

Insgesamt verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2008 in Deutschland wie in anderen großen Volkswirtschaften deutlich ungünstiger, als von uns erwartet.

Entwicklung an den Märkten

2008 erfasste die vom US-Hypothekenmarkt ausgehende Krise praktisch sämtliche Finanzmärkte weltweit. Anders als im vorangegangenen Jahr waren Kursverluste dabei nicht mehr nur bei Vermögenswerten zu verzeichnen, die in einem Zusammenhang mit US-Hypotheken stehen. Insbesondere die Insolvenz der US-Bank Lehman Brothers im September 2008 sorgte in erheblichem Maße für eine weitere Verunsicherung der Anleger und förderte das Misstrauen der Finanzmarktteilnehmer untereinander. In der Folge kam es zu einem vollständigen Zusammenbruch der Geldmärkte. Nur durch einen massiven Eingriff der Notenbanken und umfangreiche Hilfspakete der Regierungen konnte verhindert werden, dass dessen Auswirkungen auf Finanzsektor und Realwirtschaft verheerende Formen annahm. Verstärkt wurde der Abwärtstrend an den Märkten durch die wachsende Sorge vor einer globalen Rezession.

Vor allem die Notierungen an den Aktienmärkten standen von Jahresbeginn an unter Druck. Die Finanzmarkturbulenzen, die konjunkturelle Schwäche in den USA und der steigende Ölpreis führten hier bereits in der ersten Jahreshälfte zu spürbaren Kursverlusten.

Nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers Mitte September 2008 gewann diese Entwicklung im Herbst beträchtlich an Dynamik. Der DAX büßte im Jahresverlauf 40 % ein, der EURO STOXX 50 erlitt ein Minus von 44 %, der S&P 500 verlor 38,5 %. Unter besonders massivem Druck standen erneut die Kurse von Finanzwerten. Das Übergreifen der US-Hypothekenkrise auf die Finanzmärkte führte bei Banken zu einem weiteren erheblichen Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf. Aber auch die Aktienkurse von Unternehmen aus anderen Branchen gaben 2008 deutlich nach. Ausgelöst durch den Konjunkturunbruch, kam es auf breiter Basis zu einer Abwärtskorrektur der Gewinnerwartungen, durch die die Aktienkurse noch stärker unter Druck gerieten. Die veränderten wirtschaftlichen Aussichten machten sich auch bei den Notierungen anderer Wertpapiere bemerkbar. So stiegen die Risikoaufschläge bei einem Teil der Unternehmensanleihen im Verlauf des Jahres 2008 auf neue Höchststände. Auch Anleihen hoher Bonität inklusive Pfandbriefe, Bank- und Staatsanleihen, waren von dieser Entwicklung betroffen. In diesem Zusammenhang kam der Handel in diesen Papieren nahezu vollständig zum Erliegen. Die Märkte wurden für einen Großteil der Positionen illiquide, was sich in einer signifikanten Ausweitung der Geld-Brief-Spannen und einem deutlichen Rückgang der Volumen widerspiegelte.

Die schwache US-Konjunktur und die Krise an den Finanzmärkten veranlassten die US-Notenbank, ihren Leitzins von anfänglich 4,25 % bis zum April 2008 auf 2 % und bis zum Jahresende sogar auf annähernd 0 % zu senken. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen hielt ihren Leitzins aufgrund des starken Preisaufliebs in den ersten sechs Monaten konstant bei 4 % und hob ihn im Juli sogar auf 4,25 % an. Der sich ausweitende Zinsvorsprung des Euroraums trieb den Wert des Euro bis auf rund 1,60 US-\$ und damit zu einem historischen Höchststand. In der zweiten Jahreshälfte folgte dann im Euroraum eine scharfe Kehre in der Geldpolitik. Ermöglicht wurde die Trendwende durch einen unerwartet starken Rückgang der Inflationsrate als Folge sinkender Rohstoffpreise. So fiel die Inflationsrate im Euroraum von 4 % zur Mitte des Berichtsjahres auf 1,6 % am Jahresende, womit sie sich wieder im Einklang mit dem Stabilitätsziel der Notenbank befand. Angesichts eines sich massiv verschlechternden konjunkturellen Umfelds nutzte die EZB den Zinssenkungsspielraum und nahm ihren Leitzins bis Ende Dezember auf 2,5 % zurück. Die Umkehr der Zinspolitik der EZB läutete auch beim Euro die Trendwende ein: Gegenüber dem US-Dollar wertete die Gemeinschaftswährung zeitweise bis auf einen Wert von 1,23 € ab. Zum Jahresende notierte der Euro bei 1,40 US-\$ und damit um 5,2 % unter dem Stand zu Jahresbeginn.

Die zum Jahresanfang noch relativ gute Konjunktur im Euroraum, der erhebliche Anstieg der Inflationsrate und die Aussicht auf Leitzinserhöhungen durch die EZB ließen die Kapitalmarktrenditen in der EWU in der ersten Jahreshälfte zunächst steigen. Als Folge der Eskalation der Finanzmarktkrise, des nachlassenden Preisaufliebs und der kräftigen Leitzinssenkungen durch die EZB gaben die Renditen von Staatsanleihen jedoch schließlich sehr stark nach. Zum Jahresultimo 2008 lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit knapp 3 % um 1,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und markierte damit ein neues Rekordtief. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen gab im gleichen Zeitraum um 1,8 Prozentpunkte auf gut 2 % nach.

Die Märkte entwickelten sich im Berichtsjahr anders, als von uns erwartet. Bei Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2007 waren wir für das Jahr 2008 von konstanten Leitzinsen und tendenziell steigenden Renditen im Euroraum ausgegangen.

Branchensituation

Die Entwicklung im Finanzsektor wurde 2008 im Wesentlichen durch die globale Finanzmarktkrise geprägt. Weltweit mussten Finanzinstitute seit dem Ausbruch der Krise Mitte 2007 bis zum Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres Wertberichtigungen in Höhe von 1.048 Mrd € vornehmen. Zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nahmen die Institute im gleichen Zeitraum 894 Mrd € an frischem Kapital auf. Mit einem Anteil von 75 % an den Abschreibungen tragen Banken und Broker die Hauptlast der Krise. Die übrigen 25 % entfallen auf Versicherer und die inzwischen verstaatlichten US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Regional verteilen sich die Belastungen wie folgt: Amerika mit knapp 70 % wird gefolgt von Europa mit etwas weniger als 28 %. Asiatische Institute weisen mit einem Anteil von 3 % bzw. 31 Mrd € bisher die geringsten Wertkorrekturen aus.

Die Kurse der Bankaktien im Jahr 2008 spiegeln die Belastungen aus der Finanzmarktkrise deutlich wider: Sie entwickelten sich seit dem Jahreswechsel 2007/2008 sehr viel schwächer als der Gesamtmarkt. Während der DAX z. B. bis Ende 2008 40 % an Wert verlor, büßten die Aktien der sechs im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten deutschen Banken im gleichen Zeitraum im ungewichteten Mittel fast 80 % an Wert ein. Deutliche Belastungen aus der Krise zeigten schon die Neunmonatsberichte der börsennotierten Banken. Die fünf im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten privaten Banken (ohne IKB) mussten für den genannten Zeitraum sowohl vor als auch nach Steuern einen deutlichen Gewinnrückgang, teilweise auch einen Verlust ausweisen. Fast alle Institute verzeichneten einen zweistelligen prozentualen Rückgang der Eigenkapitalrendite nach Steuern sowie deutliche Einbrüche bei Provisionsüberschuss und Eigenhandel. Die meisten Banken senkten zwar den Verwaltungsaufwand, konnten aber den Rückgang bei den operativen Einnahmen nicht ausgleichen. Die Aufwand-Ertrags-Relation verschlechterte sich daher im Vorjahresvergleich deutlich. Nach 59,4 % in den ersten neun Monaten 2007 kletterte sie in den ersten neun Monaten 2008 im ungewichteten Mittel auf 77,9 %.

Die in vielen Ländern nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers initiierten Rettungsmaßnahmen zeigen langsam Wirkung. Unkontrollierte Konkurse systemrelevanter Finanzinstitute konnten in der Folge verhindert werden. In Deutschland sind die Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung im „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ – kurz SoFFin – gebündelt. Der Fonds hat ein Volumen von maximal 480 Mrd €, wobei 400 Mrd € zur Garantieübernahme und 70 Mrd € zur Rekapitalisierung und Risikoübernahme bereitstehen. Bei Bedarf können die zur Rekapitalisierung und Risikoübernahme zur Verfügung stehenden Mittel nach Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestags um weitere 10 Mrd € aufgestockt werden. Nach Information des SoFFin wurden bis Anfang Dezember 150 Anfragen zu Leistungen aus dem Rettungspaket gestellt. Aus diesen resultierten 15 Anträge, von denen bis zum 31. Dezember 2008 vier beschieden waren. Insgesamt wurden bis Anfang Dezember Garantien im Gesamtvolumen von 90 Mrd € bewilligt. Zusätzlich wurde einer Bank eine stille Einlage in Höhe von 8,2 Mrd € gewährt.

In der deutschen Bankenlandschaft waren in der Zeit zwischen Mitte Oktober und Ende Dezember 2008 keine weiteren nennenswerten Fusionen oder Übernahmen mehr zu verzeichnen. Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, prägt auch weiterhin den deutschen Bankenmarkt.

Das Kreditgeschäft in Deutschland konnte in den ersten neun Monaten des Berichtsjahres eine leichte Belebung verzeichnen. Das Volumen der Kredite an Unternehmen und Privatkunden stieg im Vergleich zum Jahresultimo 2007 um 66 Mrd € auf 2.355 Mrd €. Dahinter stehen allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Marktsegmenten. Tendenziell positiv entwickelte sich weiterhin das Kreditgeschäft mit Unternehmen. Hier wuchs das Kreditvolumen in den ersten neun Monaten 2008 um 73,6 Mrd € auf 946,7 Mrd €. Bei wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen setzte sich hingegen der Trend des Verschuldungsabbaus fort. Das Forderungsvolumen sank hier allerdings nur noch leicht, nämlich um 4,1 Mrd € auf 382,4 Mrd €. Auch beim Kreditgeschäft mit wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen ergab sich ein leichter Rückgang. Das Forderungsvolumen fiel hier in den ersten drei Quartalen 2008 um 2,9 Mrd € auf 1.012,3 Mrd €. Bei Ratenkrediten war ein Plus von 1,1 Mrd € zu verbuchen. Die Debetsalden auf Girokonten nahmen um 0,7 Mrd € zu. Die Wohnungsbaukredite reduzierten sich dagegen im gleichen Zeitraum um 2,0 Mrd €. Auch das Neugeschäft verlief weniger günstig als im Vorjahr: Im Jahr 2008 lag sein Volumen bei 176,4 Mrd €, verglichen mit 181,8 Mrd € im entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der Kreditvergabe spiegeln sich die zum Teil sehr differenzierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen des zurückliegenden Jahres wider. Zumindest bis zur Jahresmitte erhöhten sich die Investitionen im Wirtschaftsbau und bei Ausrüstungen in Deutschland noch merklich. Dementgegen wurde die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte im ersten Halbjahr durch explodierende Energiepreise gedämpft, was sich in einer verhaltenen Entwicklung des Privatkundengeschäfts niederschlug. Die Zuspitzung der Finanzmarktkrise dürfte sich zusätzlich belastend ausgewirkt haben. Die Nachfrageschwäche bei Wohnungsbaukrediten korrespondiert mit einer schwachen Nachfrage nach Wohnimmobilien. So lagen die Wohnungsbauinvestitionen im dritten Quartal 2008 immer noch leicht unter dem Niveau im Schlussquartal des Jahres 2007.

Anders als in den Vorjahren kam es bei den Insolvenzen von Januar bis Oktober 2008 in allen Schuldnersegmenten zu einer rückläufigen Entwicklung. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich gegenüber der des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 5,5 % auf 24.679. Die Verbraucherinsolvenzen verminderten sich kräftig, und zwar um 8,3 % auf 82.106. Bei den sonstigen Insolvenzen ergab sich ein Rückgang um 7,3 %. Per saldo führte dies zu einer Reduzierung der Gesamtzahl der Insolvenzen um 7,6 % auf 130.187. Die Summe der voraussichtlichen Insolvenzschäden fiel im gleichen Zeitraum um 0,7 Mrd € auf 25,2 Mrd €. Bei den Unternehmensinsolvenzen hat sich mit der rückläufigen Entwicklung der Trend des vergangenen Jahres fortgesetzt. Das Tempo des Rückgangs hat sich aber im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß verringert. Zumindest in der ersten Hälfte 2008 dürfte die Besserungstendenz ihre Begründung noch in einer relativ guten konjunkturellen Lage gefunden haben. Zum ersten Mal seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 ging die

Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Vorjahresvergleich zurück; bis Oktober 2008 lag sie um rund 8 % unter dem Vorjahresniveau.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2008

Am 9. Januar 2008 begab die Postbank ihren ersten Jumbo Hypothekendarlehenpfandbrief mit einem Volumen von 1,5 Mrd €. Die Emission verlief – trotz des schwierigen Marktumfelds – ausgesprochen erfolgreich und konnte zu für die Postbank sehr attraktiven Konditionen bei einer breiten Investorengruppe im In- und im Ausland platziert werden. Im Mai 2008 wurde ein weiterer Jumbo Hypothekendarlehenpfandbrief im Umfang von 1 Mrd € emittiert. Mit der Begebung von Pfandbriefen stellen wir unsere starke Refinanzierungsbasis auf eine noch breitere Grundlage. Von dieser Möglichkeit will die Postbank als feste Größe im Covered-Bond-Markt künftig regelmäßig Gebrauch machen.

Am 12. Februar 2008 wurde der Ausschluss der Minderheitsaktionäre der BHW Holding ins Handelsregister eingetragen. Damit sind alle Aktien der Minderheitsaktionäre in das Eigentum der Postbank übergegangen. Ihnen wurde eine Barabfindung in Höhe von 15,11 € je Stückaktie gezahlt. Einige ehemalige Minderheitsaktionäre haben vor dem Landgericht Berlin ein Spruchverfahren mit dem Ziel, die Angemessenheit der Barabfindung zu überprüfen, anhängig gemacht.

Herr Dr. Klaus Zumwinkel legte zum 18. Februar 2008 sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Postbank nieder. Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass sich die Postbank zur führenden Retail-Bank in Deutschland entwickelt hat. Während seiner Amtszeit als Aufsichtsratsvorsitzender hat er zusammen mit dem Vorstand der Postbank wichtige Weichenstellungen für das Unternehmen vorgenommen, die ein nachhaltiges Wachstum der Bank auch in Zukunft ermöglichen. Herr Dr. Frank Appel wurde am 19. Februar 2008 gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats der Postbank bestellt und in der Sitzung des Aufsichtsrats vom 3. März 2008 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt und schließlich von der Hauptversammlung am 8. Mai 2008 nachgewählt.

Am 14. April 2008 wurde die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main, von der Deutschen Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main, (PFS) gegründet. Die Unternehmensaktien werden von der PFS gehalten. Die Postbank hat ihre Teilgesellschaftsvermögen 2–24 am 16. Juli 2008 in die PB Spezialinvest eingebracht und hält somit sämtliche Anlageaktien.

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG fand am 8. Mai 2008 in Köln statt. Alle Tagesordnungspunkte fanden die Zustimmung der Aktionäre und wurden mit einer Mehrheit von jeweils über 92 % verabschiedet. Die – im Vergleich zum Vorjahr in der Höhe unveränderte – Dividende von 1,25 € pro Aktie wurde am darauf folgenden Tag, dem 9. Mai 2008, ausgeschüttet.

Herr Dr. Klaus Schleder ist zum 8. Mai 2008 aus dem Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG ausgeschieden. Als Nachfolger hat die Hauptversammlung am 8. Mai 2008 Herrn John Allan zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Jörg Asmussen hat zur Vermeidung von Interessenkonflikten aufgrund seiner neuen Position als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen sein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG am 27. Mai 2008 niedergelegt. Herr Dr. Axel Nawrath wurde am 27. Juni 2008 gerichtlich zu seinem Nachfolger bestellt.

Die Deutsche Postbank AG hat mit Wirkung vom 30. Juni 2008 das Zahlungsverkehrsgeschäft an die Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main, veräußert.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2008 wurde Herr Horst Küpker zum Vorstandsmitglied für den Bereich Financial Markets bestellt. Er folgt in diesem Amt Herrn Loukas Rizos nach, der die Postbank einvernehmlich und auf eigenen Wunsch zum 30. Juni 2008 verließ.

Am 21. Juli 2008 wurde die BHW Bank AG, Hameln, rückwirkend zum 2. Januar 2008 auf die Postbank verschmolzen. Dazu wurde die BHW Bank zunächst im Wege einer Anwachsung auf die Bianca II Vermögensverwaltungs GmbH & Co KG, Hameln, verschmolzen. Durch Austritt der Komplementärin PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn, aus der Bianca II fiel der Postbank als alleiniger Kommanditist und somit als Gesamtrechtsnachfolger das gesamte Vermögen zu. Bereits im ersten Quartal 2008 wurde das Depotgeschäft von der BHW Bank abgespalten und auf die Postbank übertragen (Abspaltung zur Aufnahme gemäß § 123 Abs. 2 Nr. 1 UmwG).

Am 12. September 2008 wurde bekannt gegeben, dass die Deutsche Bank AG von der Deutschen Post AG eine Minderheitsbeteiligung von 29,75 % an der Deutschen Postbank AG erwerben wird. Das Closing der Transaktion wird für das erste Quartal 2009 erwartet. Zusätzlich wurden zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG Optionsrechte vereinbart, die zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Erhöhung des Anteils der Deutschen Bank ermöglichen.

Im Zuge der Ankündigung der Transaktion wurde von Deutsche Bank AG und Deutsche Postbank AG eine grundsätzliche Kooperation im Kundengeschäft beschlossen. Details hierzu werden voraussichtlich im ersten Quartal 2009 abschließend vereinbart und veröffentlicht.

Vor dem Hintergrund seiner Berufung in den Lenkungsausschuss gemäß Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz hat Herr Dr. Nawrath sein Aufsichtsratsmandat am 24. Oktober 2008 mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Das Amtsgericht Bonn hat mit Gerichtsbeschluss vom 19. November 2008 Herrn Henry Cordes als Nachfolger zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats führte die Postbank eine Kapitalerhöhung durch. Im Wege der Bezugsrechtsemission wurden 54,8 Millionen neue Aktien ausgegeben, verbunden mit einem Bruttoemissionserlös von rund 1 Mrd €. Vom 13. bis zum 26. November 2008 konnte für drei alte Aktien eine neue Aktie zum Bezugspreis von 18,25 € bezogen werden. Auf Basis einer vertraglichen Regelung nahm die Deutsche Post AG insgesamt 99,3 % oder 54,4 Millionen neue Aktien aus der Emission auf. Ihr Anteil am Grundkapital der Deutschen Postbank AG betrug nach Abschluss der Kapitalerhöhung rund 62,3 %. In diesem Zusammenhang wurde bekannt gegeben, dass der Vorstand zur weiteren Festigung der Kapitalbasis plant, den Aktionären auf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung im April 2009 vorzuschlagen, für das Geschäftsjahr 2008 keine Dividende auszuschütten.

Im vierten Quartal 2008 hat der Aufsichtsrat eine Straffung der Führungsstruktur des Konzerns beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde der Vorstand von zehn auf acht Mitglieder verkleinert.

Die Ressorts Produktmarketing und Mobiler Vertrieb werden im neuen Ressort Retail unter der Führung von Herrn Dr. Michael Meyer zusammengefasst, welches Herr Dr. Michael Meyer führen wird. Herr Guido Lohmann ist mit Wirkung zum 30. November 2008 aus dem Postbank Konzern ausgeschieden.

Neu geschaffen wurde die Position des Chief Risk Officers im Vorstandsressort Kredit. Diese wurde am 25. November 2008 von Herrn Dr. Ralf Kauther – im Range eines Generalbevollmächtigten – übernommen.

Darüber hinaus wurden die Zuständigkeiten für die Service- und Abwicklungsfunktionen konzernweit zusammengefasst und in die Verantwortung von Herrn Dirk Berensmann als Chief Operating Officer (COO) übergeben. Im Zuge dieser Reorganisation trat Herr Dr. Mario Daberkow in gegenseitigem Einvernehmen aus dem Vorstand der Postbank aus. Als Vorsitzender des Vorstands der BCB Betriebs-Center für Banken AG wird er weiterhin die Partnerstrategie der Postbank für ein europäisches Transaction Banking vorantreiben, die er schon in den letzten Jahren prägte. Darüber hinaus wird er als Generalbevollmächtigter und Bereichsleiter die Bankenorganisation der Postbank verantworten.

Wichtige Ereignisse nach Stichtag Jahresabschluss

Deutsche Bank AG und Deutsche Post AG haben am 14. Januar 2009 eine Anpassung der Struktur des Postbank Beteiligungsvertrages bekannt gegeben. Hiernach wird der Vertrag in drei Teilabschnitten umgesetzt. In einem ersten Schritt wird die Deutsche Bank einen Anteil von 22,9 % an der Deutschen Postbank AG übernehmen. Weitere rund 27,4 % der Anteile werden im Rahmen einer Pflichtumtauschleihe nach einer Laufzeit von drei Jahren an die Deutsche Bank AG übergehen. Ferner bestehen über 26,4 Millionen Aktien Kauf- und Verkaufsoptionen zwischen den Parteien.

Herr Marc Heß ist seit dem 1. Januar 2009 ordentliches Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG und hier wie bisher als Chief Financial Officer für das Ressort Finanzen verantwortlich.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2008

Im Jahr 2008 lag der Schwerpunkt der Investitionsausgaben der Postbank auf der Umsetzung gesetzlicher Anforderungen, z. B. der Abgeltungssteuer, eines Programms zur Einführung von fortgeschrittenen Risikomodelle sowie eines Projekts zur Implementierung einer optimierten Liquiditätsrisiko-Steuerung, orientiert an den Baseler „Sound Practice“.

Im Rahmen unseres strategischen Programms „Next Step“ haben wir darüber hinaus unser neues Filialkonzept an weiteren Standorten umgesetzt. In unserem Kundengeschäft haben wir u. a. in die Prozessoptimierung bei der Abwicklung von Privatkrediten investiert. In den Bereichen Transaction Banking und Services wurden verschiedene IT-Projekte, wie z. B. der Ausbau der Payment-Solution-Plattform sowie die Dekommissionierung und Bereitstellung der IT-Infrastruktur, fortgeführt.

Organisation und Steuerung

Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden schwerpunktmäßig in Deutschland an.

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2008 547.000.000 € und ist in 218.000.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Der Bund ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe beteiligt, die wiederum rund 30,5 % an der Deutsche Post AG hält, welche mit rund 62,3 % an der Postbank beteiligt ist. Der Anteil des an den Börsen gehandelten Streubesitzes der Postbank beträgt somit rund 37,3 %. Es sind gemäß den uns vorliegenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1a WpHG per 31. Dezember 2008 keine sonstigen Aktionäre bekannt, die direkt oder indirekt mehr als 10 % des Grundkapitals halten.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41.000.000 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Ein Genehmigtes Kapital als Akquisitionswährung ist in der deutschen Unternehmenspraxis verbreitet. Unter Inanspruchnahme des Genehmigten Kapitals I kann die Gesellschaft Unternehmenserwerbe flexibel und ohne Inanspruchnahme des Kapitalmarktes tätigen.

Der Vorstand hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2008 das satzungsmäßig bestehende Genehmigte Kapital II voll ausgenutzt und das Grundkapital durch Ausgabe von auf den Namen lautende Stückaktien gegen Bareinlagen um insgesamt 137.000.000 € erhöht. Dabei wurde den Aktionären ein Bezugsrecht eingeräumt.

Die genauen Regelungen zum den Genehmigten Kapital I sind unserer, auch im Internet einsehbaren, Satzung zu entnehmen.

Die Hauptversammlung der Postbank am 8. Mai 2008 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.

Die Gesellschaft ist somit zum einen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zum 7. November 2009 ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf am Ende eines

jeden Tages 5 % des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Darüber hinaus dürfen auf die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zusammen mit anderen Aktien der Gesellschaft, welche die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des Grundkapitals entfallen.

Zum anderen ist die Gesellschaft gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zum 7. November 2009 ermächtigt, eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Anzurechnen sind Aktien, die die Gesellschaft bereits erworben hat und noch besitzt. Auf Grundlage der Ermächtigung erworbene Aktien kann der Vorstand in anderer Weise als durch den Verkauf über die Börse oder Angebot an alle Aktionäre nur in den in der Ermächtigung vorgesehenen Fällen verwenden. Es bedarf dazu jeweils der Zustimmung des Aufsichtsrats. Die Einzelheiten ergeben sich aus den von der Hauptversammlung beschlossenen Beschlussvorschlägen zu TOP 7 und 8 der ordentlichen Hauptversammlung vom 8. Mai 2008, die ebenfalls auf der Internetseite der Gesellschaft einsehbar ist.

Die jährlich wiederkehrende Erteilung der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien durch die Hauptversammlung entspricht einer verbreiteten Praxis bei börsennotierten Aktiengesellschaften in Deutschland. Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung am 22. April 2009 vorschlagen, die Ermächtigung zu erneuern.

Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Postbank kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 Aktiengesetz geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 (2) der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Deutschen Post AG einen Kooperationsvertrag im Bereich Finanzdienstleistungen im Vertriebsnetz der Deutschen Post AG geschlossen. Dieser Vertrag kann von jeder Partei mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende, frühestens aber zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Beabsichtigt die Deutsche Post AG, ihre Anteilmehrheit an der Deutschen Postbank AG durch Veräußerung oder aufgrund einer Kapitalmaßnahme aufzugeben, so kann sie eine Vertragsänderung verlangen. Kommt eine entsprechende Vertragsänderung innerhalb einer angemessenen Frist nicht zustande, so kann die Deutsche Post den Kooperationsvertrag mit einer Frist von zwei Jahren zum Kalendermonatsende schriftlich kündigen. Sollte die Deutsche Post AG den Kooperationsvertrag kündigen, so könnte dies den stationären Vertrieb der Deutschen Postbank AG, der für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist, beeinträchtigen.

Darüber hinaus hat Deutsche Postbank AG mit Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG (die vormalige BHW Lebensversicherung AG), Postbank Versicherung Aktiengesellschaft, PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx und ihrer genannten Töchter durch die Postbank über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können seitens PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft, PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte PBV Lebensversicherung AG, Postbank Versicherung Aktiengesellschaft oder PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Postbank.

I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertrags Elemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten und überprüft sie regelmäßig. Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt), Nebenleistungen sowie Pensionszusagen. Das Fixum wird in 12 gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus. Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Für die Vorstandsmitglieder ist bislang weder ein Long-Term-Incentive-Plan noch eine ähnliche Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung aufgelegt worden. Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus beschließen.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Vergütung berücksichtigt.

Die feste Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht für das Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2010 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2011 fällig.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Geschäftsberichts.

Mitarbeiter

Die Postbank AG beschäftigte am Jahresende 2008, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 4.839 Mitarbeiter, nach der Verlagerung des Zahlungsverkehrs in die BCB rund 1.260 weniger als am 31. Dezember 2007. Insgesamt hat die Postbank AG etwa 7.300 Beamte, von denen der überwiegende Anteil in Tochtergesellschaften eingesetzt ist. Innerhalb der Postbank AG waren zum Jahresende 2008, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 1.936 Beamte beschäftigt, was einem Anteil von 40 % entspricht. Etwa ein Viertel der Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unbeschadet der aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen eingetretenen deutlichen Erhöhung der Beamtenbesoldung, konnte der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten werden.

Im Jahr 2009 richten wir unseren Fokus primär auf stabile Personalkosten gegenüber 2008 unter Vermeidung belastender Einmal-effekte. Ziel ist es, den wachsenden Anforderungen mit dem bestehenden Personal zu begegnen.

I Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgsrechnung

Das Geschäftsjahr 2008 war durch extreme Marktverwerfungen im Zuge der Finanzmarktkrise geprägt. Insbesondere im zweiten Halbjahr eskalierte die Situation an den Kapitalmärkten nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers. Diese Entwicklungen haben tiefe Spuren in der Gewinn- und Verlustrechnung der Postbank hinterlassen. Insgesamt wurde im Jahr 2008 ein negatives Ergebnis nach Steuern von –1.170 Mio € (Vorj. 237 Mio €) ausgewiesen. Dabei war das vierte Quartal am stärksten betroffen, was im Wesentlichen aus Einmalbelastungen resultiert, die wir im Rahmen des angekündigten aktiven Abbaus von kapitalmarktinduzierten Risiken und Beständen, beispielsweise durch den vollständigen Abbau unseres Aktienportfolios, realisiert haben. Mit diesen Maßnahmen schärfen wir das Risikoprofil der Bank und machen sie so künftig weniger anfällig für extreme Marktentwicklungen.

Im Kundengeschäft kann die Postbank hingegen trotz des nach wie vor intensiven Wettbewerbs und des besonders in der zweiten Jahreshälfte schwierigen wirtschaftlichen Umfelds speziell im Retail Banking auf einen insgesamt guten Verlauf zurückblicken. Die Entwicklung des Neugeschäfts verlief in allen wesentlichen Produktfeldern positiv, und so konnten wir unsere gute Marktstellung weiter untermauern. Unser strategisches Handlungsprogramm „Next Step“, dessen Umsetzung wir in allen Geschäftsbereichen gezielt vorantreiben, zeigt Wirkung.

Während die kapitalmarktinduzierten Belastungen sich vor allem im zweiten Halbjahr deutlich negativ auf die Ertragsrechnung auswirkten, verzeichnete die Postbank eine spürbar positive Entwicklung beim Trend der operativen Ergebnislinien. Im Vorjahresvergleich legte die Postbank bei den Kernerträgen – Zinsüberschuss und Provisionsüberschuss – zu. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen aufgrund von Sonderbelastungen zum Jahresende an; bereinigt um diese Effekte, wäre sie nahezu konstant geblieben. Als Folge der Markturbulenzen kam es zu Abschreibungen auf die Wertpapiere und zu Abschreibungen auf Beteiligungen. Dies war ausschlaggebend für das deut-

lich negative Jahresergebnis. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag aufgrund von zusätzlichen Belastungen aus der Finanzmarktkrise über dem Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung des starken Anstiegs im Kundengeschäft im Verhältnis zum Anstieg der Risikovorsorge ist aber insgesamt ein relativer Rückgang der Risikovorsorge zu verzeichnen.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Jahr 2008 –1.057 Mio € nach 263 Mio € im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Positionen im Einzelnen

Zinsüberschuss

Trotz der Herausforderung einer im Jahresverlauf 2008 weiterhin überwiegend flachen, teilweise inversen Zinsstrukturkurve stieg der Zinsüberschuss 2008 im Vorjahresvergleich um 52 Mio € auf 2.333 Mio € (Vorj. 2.281 Mio €). Die gute Volumenentwicklung der Forderungen an Kreditinstitute trug maßgeblich zu einer spürbaren Erhöhung der Zinserträge bei. Dagegen waren die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren aufgrund des 2008 vorgenommenen Bestandsabbaus und einer geringeren Ausschüttung der Spezialfonds im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode erwartungsgemäß rückläufig. Im Anstieg der Zinsaufwendungen, insbesondere aus Verbindlichkeiten, findet u. a. die volumenbasierte Strategie im Spargeschäft ihren Niederschlag. Wir haben unseren Kunden auch im Jahr 2008 durch eine kontinuierliche Anhebung der Durchschnittsverzinsung attraktive Konditionen geboten und damit unsere gute Stellung im Wettbewerb um Spareinlagen gefestigt. Dabei gelang es uns, das Sparvolumen deutlich zu erhöhen. Dennoch blieb die Volumenentwicklung angesichts des anhaltend kompetitiven Umfelds hinter unseren Erwartungen zurück. Insgesamt zog die Postbank im derzeitigen Kapitalmarktumfeld Nutzen aus ihrer starken Kundeneinlagenbasis und den im Berichtsjahr erfolgreich durchgeführten Pfandbriefemissionen. Hierdurch wirkten sich die durch die Finanzmarktkrise ausgelösten deutlichen Zinssteigerungen am Kapitalmarkt bei der Aufnahme von Refinanzierungsmitteln nur relativ moderat auf unseren Zinsaufwand aus.

Die gute Entwicklung des Zinsüberschusses war auch von verschiedenen Einmal- und Jahresendeffekten begünstigt. So hat sich z. B. die Zinsentwicklung, insbesondere in den kurzen Laufzeiten, positiv auf die kurzfristigen Refinanzierungskosten, das Strukturergebnis am Geldmarkt ausgewirkt.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss betrug im Geschäftsjahr 2008 538 Mio € und lag damit um 10 Mio € über dem Vorjahreswert. Dem Anstieg des Provisionsüberschusses aus dem Karten- und Sparkontengeschäft standen – wie aufgrund unserer verstärkten Fokussierung auf den Absatz von Finanzdienstleistungen – steigende Aufwendungen für Vermittlungsprovisionen gegenüber.

Im Wachstum des Provisionsüberschusses aus dem Bankgeschäft spiegeln sich unsere Anstrengungen zur intensiveren Betreuung unserer Stammkunden wider, die wir im Rahmen unseres strategischen Programms „Next Step“ weiter verstärken wollen.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften ist im Vergleich zum Vorjahr um 62 Mio € zurückgegangen und beträgt 31 Mio €.

Im positiven Ergebnis aus Finanzinstrumenten sind unrealisierte Bewertungsgewinne aus Zinsderivaten in Höhe von 375 Mio € (Vorj. 134 Mio €) enthalten, die im Rahmen der Portfoliobewertung (Markto-Market-Bewertung) ausgewiesen wurden. Die realisierten Bewertungsergebnisse aus Finanzderivaten betragen –332 Mio € (Vorj. –132 Mio €). Ursächlich für den Rückgang der Erträge ist das schwierigere Marktumfeld in 2008, welches die Erträge aus den Kapitalmarktgeschäften in Aktien und Renten um 35 Mio € geringer ausfielen ließen. Zudem belasten deutlich höhere Absicherungskosten für Fremdwährungsanlagen das Devisenergebnis mit –35 Mio € (Vorj. –5 Mio €).

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr stiegen um 7 % auf 2.340 Mio € (Vorj. 2.187 Mio €) erhöht. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Sonderbelastungen, wie die Zahlung einer Leistungsvergütung an die BCB AG, Sonderabschreibungen auf unsere Immobilien und gebildete Rückstellungen für Instrumente, die wir im Bedarfsfall zur Erhöhung der Fluktuation nutzen können, zurückzuführen. Bereinigt um diese Effekte, liegt der Verwaltungsaufwand nahezu auf Vorjahresniveau. Bei dieser Kostenentwicklung profitierten wir von den Auswirkungen unserer in den letzten Jahren ergriffenen Effizienzinitiativen: der Realisierung des vollen Synergiepotenzials aus der Integration des BHW bei gleichzeitigem Wegfall der Integrationsaufwendungen und einer ausgeprägten Kostenkultur. Die Postbank hat erneut unter Beweis gestellt, dass sie kontinuierlich steigende Volumen im Kundengeschäft bei nachhaltig hoher Kostendisziplin umsetzen kann.

Bewertungsergebnis

Im Berichtsjahr 2008 hat sich das Bewertungsergebnis der Wertpapiere als Folge der Kapitalmarktentwicklungen um 422 Mio € auf –1.133 Mio € reduziert. Das Ausmaß dieses Anstiegs ist im Wesentlichen auf die Wertkorrekturen auf unser strukturiertes Kreditersatzgeschäft von insgesamt 796 Mio € zurückzuführen. Darüber hinaus sind Wertkorrekturen auf unser Engagement bei der unter Gläubigerschutz gestellten Gesellschaft Lehman Brothers in Höhe von 88 Mio € enthalten. Die im Jahresverlauf phasenweise crashartigen Zinsbewegungen schränkten zudem die Möglichkeiten zur Generierung positiver Ergebnisbeiträge aus unseren Beständen erheblich ein. Darüber hinaus wurden die Kurse unserer verzinslichen, nicht strukturierten Finanzanlagen durch starke Spread-Ausweitungen – selbst bei Anleihen höchster Bonität wie Staatsanleihen und Pfandbriefe – belastet. Die Verwerfungen an den Finanzmärkten führten auch zu einem deutlichen Anstieg der Korrelation mit den Risiken aus Aktienbeständen. Unter anderem deshalb haben wir uns schwerpunktmäßig im vierten Quartal 2008 entschlossen, im Rahmen der angekündigten Reduzierung von kapitalmarktinduzierten Risiken unsere Aktienbestände komplett abzubauen. Dies war Teil des bei Vorlage der 9-Monats-Zahlen vorgestellten Aktionsplans zur strategischen Optimierung der Ergebnisqualität und des Risikoprofils.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft lag im Berichtsjahr mit –265 Mio € um 75 Mio € bzw. 39 % über dem Wert des Vorjahres. Hierin enthalten ist die Vorsorge für unsere Forderungen gegenüber

Lehman Brothers mit 29 Mio €. Ohne diesen Effekt hätte die Risikovorsorge um rund 25 % über derjenigen des entsprechenden Vorjahreszeitraums gelegen. Ursächlich für diesen Anstieg ist die deutliche Ausweitung des Kundenkreditvolumens, das im gleichen Zeitraum deutlich wuchs. Im Gegensatz zu vielen anderen Instituten blieb die Postbank jedoch von größeren Einzelwertberichtigungen verschont, was wir als Bestätigung unserer vorsichtigen Kreditvergabepolitik werten. Vor dem Hintergrund der spürbaren Abkühlung der Konjunktur haben wir im zweiten Halbjahr 2008 rein vorsorglich pauschalierte Einzelwertberichtigungen auf unser Baufinanzierungsportfolio gebildet.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Vor dem Hintergrund der Kapitalmarktkrise und daraus resultierenden möglichen Ertragsauswirkungen auf die Ergebnissituation der Tochtergesellschaften der Postbank hat die Beteiligungsbuchwerte überprüft und Abschreibungen von 687 Mio € (Vorj. 0 Mio €) vorgenommen. Darüber hinaus wurden Abschreibungen und Drohverlustrückstellungen auf Rentenpapiere von rund 136 Mio € (Vorj. 13 Mio €) vorgenommen.

Sonstiges Ergebnis

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag bei 620 Mio € nach 363 Mio € im Vorjahr. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den Ertrag aus der Veräußerung des Zahlungsverkehrs an die BCB AG zurückzuführen. Aus dem Verkauf hat die Postbank einen Ertrag von 197 Mio € vereinnahmt. Darüber hinaus hat die Postbank aus dem Verkauf des Konsumentenkreditgeschäfts der BHW Bank AG, die mit Wirkung vom 2. Januar 2008 auf die Postbank verschmolzen wurde, einen Ertrag von 22 Mio € erzielt.

Außerordentlicher Aufwand aus der Verschmelzung der BHW Bank AG

Mit Wirkung vom 2. Januar 2008 wurde die BHW Bank AG auf die Postbank verschmolzen. Aus dieser Verschmelzung resultiert ein Aufwand von 13 Mio €.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag im Geschäftsjahr 2008 bei –1.057 Mio € nach 263 Mio € im Vorjahr.

Ertragsteuern

Die Ertragsteuern betragen 113 Mio € (Vorj. 25 Mio €) und entfallen mit 73 Mio € auf die Ergebnisse der Betriebsprüfung und der daraus resultierenden tatsächlichen Verständigung.

Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss

Der Jahresfehlbetrag lag bei –1.170 Mio € nach einem Jahresüberschuss im Vorjahr von 237 Mio €.

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme stieg von 161,3 Mrd € am Jahresende 2007 auf 193,5 Mrd € am 31. Dezember 2008. Auf der Aktivseite trugen hierzu maßgeblich die erheblich gestiegenen Forderungen an Kreditinstitute,

Forderungen an Kunden sowie höhere Finanzanlagen bei. Auf der Passivseite wuchsen insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Nach Abbau des historischen Einlagenüberhangs verfügt die Postbank damit über eine ausgeglichene Bilanzstruktur im Kundengeschäft.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden stiegen gegenüber dem Jahresende 2007 deutlich um 12,8 % und lagen damit bei 69,2 Mrd € (Vorj. 61,4 Mrd €). Im Privatkundengeschäft war wie bereits im Vorjahr das Baufinanzierungsgeschäft der Wachstumsmotor. Erfreulich verlief auch die Volumenentwicklung im Ratenkreditgeschäft, das wir unter Beachtung strikter Risikokriterien ausweiteten. Ferner steigerten wir die Volumen unseres gewerblichen Finanzierungsgeschäfts, insbesondere im deutschen Heimatmarkt und in ausgewählten europäischen Ländern.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Mit Wirkung vom 14. April 2008 wurde die PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen gegründet und das bisher von der Postbank in der Liquiditätsreserve ausgewiesene Teilgesellschaftsvermögen 2–24 in die Gesellschaft eingebracht. Dieses Teilgesellschaftsvermögen wird aufgrund der Wahrung der Bewertungskontinuität weiter nach dem strengen Niederwertprinzip bewertet.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Die Geld- und Kapitalmarktanlagen – Forderungen an Kreditinstitute und Schuldverschreibungen – stiegen gegenüber dem Jahresende 2007 um insgesamt 24,0 Mrd € oder 30,8 % auf 101,9 Mrd € (Vorj. 77,9 Mrd €).

Die Finanzanlagen wuchsen dabei um 29,7 % bzw. 15,5 Mrd € auf 67,6 Mrd €. Zu Beginn des Jahres 2008 hatten wir vor dem Hintergrund der zunehmenden Kapitalmarkturbulenzen nach Refinanzierung am Interbankenmarkt in EZB-fähige Papiere investiert und so den Bestand an deutschen Staatsanleihen und u. a. an Pfandbriefen höchster Bonität wegen ihrer Funktion als „sicherer Hafen“ gezielt ausgeweitet. Unsere dadurch weiter verbesserte Liquiditätsposition haben wir angesichts der fortdauernden Finanzmarktkrise im Jahresverlauf durch einen signifikanten Bestand hochbonitärer Wertpapiere untermauert. Außerdem haben wir im zweiten Halbjahr damit begonnen, Bestände an Finanzanlagen gezielt abzusichern und partiell abzubauen. Ein wichtiger Schritt hierbei war der komplette Abbau unseres Aktienbestands im vierten Quartal 2008. Der Anstieg der Finanzanlagen im vierten Quartal 2008 ist im Wesentlichen auf die positive Marktwertentwicklung der Bestände aufgrund des massiven Zinsrückgangs zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um insgesamt 8,5 Mrd € auf 34,4 Mrd €. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Termingelder um 4,9 Mrd €, der Darlehen um 4,0 Mrd € und der anteiligen Zinsen aus Swapgeschäften um 2,6 Mrd €. Gegenläufig haben sich die Wertpapierpensionsgeschäfte entwickelt. Diese haben sich um 3,7 Mrd € reduziert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 14,1 Mrd € auf 100,2 Mrd €. Die klassischen Spareinlagen konnten sich – entgegen dem allgemeinen Markttrend – am Markt gut behaupten

und stiegen um 0,4 Mrd € auf 35,0 Mrd €. Im Berichtsjahr wurden erstmals mit der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft Wertpapierleihegeschäfte mit einem Volumen von 4,2 Mrd € abgewickelt. Darüber hinaus stieg stichtagsbedingt die Aufnahme der Tagesgelder um 2,3 Mrd € auf 4,6 Mrd € an. Bei den anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit haben wir aufgrund der attraktiven Konditionen bei dem Produkt Kapital plus bzw. Kapital plus direkt einen Anstieg von ca. 4,2 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, bestehend aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und verbrieften Verbindlichkeiten, wuchsen, korrespondierend mit der Entwicklung auf der Aktivseite, von 63,1 Mrd € auf 80,8 Mrd €.

Hierbei wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Verbindung mit der beschriebenen Ausweitung unserer Bestände an hochliquiden risikoarmen Finanzanlagen als vorsorgliche Maßnahme zur Stärkung unserer Liquiditätsausstattung um 10,6 Mrd € auf 66,3 Mrd € erhöht. Dies geschah vor allem über Repo- und Offenermarktgeschäfte. Die uns im Dezember 2007 erteilte Pfandbrieflizenz nutzten wir zur Refinanzierung unseres Kundengeschäfts im Verlauf des Jahres 2008 zur Emission von zwei Jumbo Hypothekenpfandbriefen im Gesamtvolumen von 2,5 Mrd €.

Die verbrieften Verbindlichkeiten wuchsen insgesamt um 7,2 Mrd € auf 14,6 Mrd €.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2008 2.154 Mio € nach 2.505 Mio € zum Jahresende 2007.

Das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage wurden durch eine im vierten Quartal 2008 durchgeführte Kapitalerhöhung im Volumen von knapp 1 Mrd € maßgeblich gestärkt. Durch Ausgabe von insgesamt 54,8 Millionen Aktien stiegen das gezeichnete Kapital von 410 Mio € auf 547 Mio € und die Kapitalrücklage um 863 Mio € auf 2.022 Mio €.

Aufgrund der Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Wertberichtigungen sowie Abschreibungen auf Beteiligungen weist die Postbank im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.170 Mio € aus. Durch die Verlustpartizipation einzelner Gläubiger von stillen Einlagen sowie Teile der Namensgenussrechte reduziert sich der Jahresfehlbetrag im Rahmen der Gewinnverwendung um 37 Mio €. Darüber hinaus hat die Postbank Gewinnrücklagen in Höhe von 680 Mio € und Kapitalrücklagen von 453 Mio € aufgelöst und dadurch einen Bilanzgewinn von Null ausgewiesen.

I Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand Bericht erstattet und zusammenfassend erklärt: „... dass die Deutsche Postbank AG nach den Umständen im Zeitpunkt des jeweiligen Geschäfts für jede Leistung im Sinne dieses Berichtes stets eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen wurden auf Veranlassung oder im Interesse der Deutschen Post AG bzw. ihrer verbundenen Unternehmen weder getroffen noch unterlassen.“

I Risikobericht

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Risikosituation und das Risikomanagement

Die weltweite Finanzmarktkrise hat im Geschäftsjahr 2008 deutlich an Intensität gewonnen und die Risikomanagementsysteme von Banken vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Hierbei haben die extremen Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten auch bei der Deutschen Postbank AG (im Folgenden Postbank) zu einer deutlichen Belastung der Ergebnissituation und einer erheblichen Belastung der regulatorischen Kapitalkennziffern sowie der ökonomischen Risikotragfähigkeit geführt.

Die Gesellschaft hat auf die historisch beispiellosen Marktverwerfungen durch Anpassung und Weiterentwicklung ihrer bestehenden Risikomanagementsysteme und -organisation reagiert. Ein wesentliches Handlungsfeld hierbei ist die engere Steuerung der kapitalmarktnahen Finanzinstrumente. Auch die Liquiditätssteuerung ist weiterentwickelt worden. Der Pool an zentralbankfähigen Sicherheiten ist noch einmal deutlich aufgestockt worden, um für den Fall unvorhergesehener Ereignisse kurzfristig handlungsfähig zu sein. Die etablierten Stresstests sind um weitere Extrem-Szenarien ergänzt worden.

Die Organisation des Risikomanagements ist weiter optimiert worden. So hat die Postbank die Funktion des Chief Risk Officers im Ressort Kredit neu geschaffen und in diesem Zusammenhang die Risikofunktionen innerhalb eines Ressorts gebündelt. Im Rahmen einer Neuorganisation des Ressorts Financial Markets ist auch ein eigenständiger Bereich Liquiditätssteuerung geschaffen worden, der die zentrale Liquiditätssteuerung verantwortet. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise wurden die Rahmenbedingungen für die Risikoallokation in einem Projekt unter verschiedenen Szenarien intensiv analysiert und in Teilen neu ausgerichtet.

In diesem Zusammenhang hat das Management strategische Weichenstellungen getroffen, um das Risikoprofil der Postbank

künftig weiter zu schärfen und das Kundengeschäft noch stärker in den Vordergrund zu stellen. Hierzu werden die kapitalmarkt-induzierten Risiken und Bestände weiter sukzessive reduziert. Im Rahmen dieses Aktionsplans hat die Bank bereits im vierten Quartal ihre Aktienbestände abgebaut.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Risikosituation und das -management der Postbank und die ergriffenen Gegenmaßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz der Postbank ist, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen.

Die Deutsche Postbank AG ist als übergeordnetes Institut innerhalb der Postbank Gruppe für die Vorgaben der Strategien, Methoden und Prozesse des Risikomanagements im Postbank Konzern verantwortlich. In diesem Sinne hat der Postbank Konzern eine Risikomanagement-Organisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt. Die Zusammensetzung der Komitees sowie deren Aufgaben veranschaulicht folgende Grafik:

Zusammensetzung und Aufgaben der Risikokomitees			
	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Vorstände/ Generalbevollmächtigte	<ul style="list-style-type: none"> Kredit Financial Markets Produktmarketing Services Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> Financial Markets Kredit Produktmarketing Finanzen Chief Risk Officer 	<ul style="list-style-type: none"> IT/Operations Ressourcen Services Filialvertrieb Chief Risk Officer
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risikoklassifizierungsverfahren Festlegung Standardrisikokosten 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Festlegung Risikostrategie OpRisk Definition Mindestanforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmenbedingungen für OpRisk

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifend geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Postbank spezifische Teilrisikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den einzelnen Geschäftsfeldern, deren Aktivitäten im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt sind. Die Postbank ist aktiv in den Bereichen Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets.

Aufgrund des breit diversifizierten Kundenportfolios sind die Konzentrationsrisiken im Portfolio der Postbank tendenziell gering ausgeprägt. Innerhalb der Kreditrisikoüberwachung sind Prozesse, Berichtswege und Eskalationsmechanismen aufgesetzt worden, mit denen Kontrahenten- bzw. Emittentenrisiken überwacht werden und das Exposure nach z. B. verschiedenen Branchen, Kundengruppen und Einzeladressen aufgeschlüsselt wird.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung ist bei der Postbank auf mehrere Einheiten verteilt: Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Niederlassung in London und die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige Risikoüberwachungseinheit. Der Bereich ist organisatorisch dem Chief Risk Officer im Ressort Kredit zugeordnet. Im Risikocontrolling liegt die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Der Bereich Risikocontrolling ist zuständig für das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Reporting auf Gruppenebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im vierten Quartal 2008 hat die Postbank zur Stärkung des Risikomanagements und zur Bündelung der Kompetenzen im Rahmen der Risikoüberwachung und -steuerung die Position des Chief Risk Officers eingeführt. Dieser ist künftig für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen der Marktfolge zuständig. Entsprechend wurden der Bereich Risikocontrolling und die Kreditgrundsatzabteilungen in der Aufbauorganisation dem CRO zugeordnet. In den Risikokomitees (Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken) ist der CRO als stimmberechtigtes Mitglied vertreten.

Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr 2008 das Ressort Financial Markets organisatorisch neu geordnet. Neben den Bereichen Treasury und Kapitalmärkte wurden die Bereiche Liquiditätssteuerung und Credit-Treasury neu gegliedert. Im Bereich Treasury erfolgt die Steuerung der Zins-, Aktien- und Währungsrisiken sowie der Spread-Risiken aus Government Bonds, Covered Bonds und Financials im Bankbuch. Für das Handelsbuch werden diese Risiken durch den Bereich Kapitalmärkte gesteuert. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwort-

lich für die zentrale Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Liquiditätsfristentransformation. Die Aufgabe des Credit-Treasury besteht darin, das sonstige Credit-Spread-Risiko im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements zu steuern.

Im Berichtsjahr 2008 hat die Postbank ihr internes Berichtswesen um weitere Informationen zur Überwachung und Limitierung von Liquiditätsrisiken ergänzt.

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme und Prozesse unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere wurde im Berichtsjahr 2008 wie geplant ein Programm zur Einführung fortgeschrittener Risikomodelle für Marktpreisrisiken, Kreditrisiken und Operationelle Risiken aufgesetzt. Ziel ist eine stärkere Konvergenz zwischen interner Risikosteuerung und aufsichtsrechtlicher Eigenmittelunterlegung sowie eine Optimierung der Systeme und Prozesse zur Risikosteuerung. Es ist geplant, nach aufsichtlicher Genehmigung die Ergebnisse für alle genannten Risikoarten auch für die regulatorische Eigenmittelunterlegung gemäß Solvabilitätsverordnung verwenden zu können.

Die wesentlichen Informationen zur Risikolage werden regelmäßig auf Basis einer standardisierten Berichtsform mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Arten von Risiken

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Rohwarenpreisen, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste, die durch Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.

I Operationelle Risiken

Die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

I Beteiligungsrisiken

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

I Immobilienrisiken

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.

I Geschäftsrisiken

Die Gefahr eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Risikokapital und Risikolimitierung

Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns wird im Hinblick auf den Anlegerschutz beurteilt und dient als Grundlage für die Ableitung der Systematik zur Limitierung von wesentlichen Risiken. Die Summe der zur Absicherung der Risiken zur Verfügung stehenden Mittel wird als Risikodeckungsmasse bezeichnet. Das Risikotragfähigkeitskonzept der Postbank erfüllt die relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen und liefert steuerungsrelevante Impulse.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn er die erstrangigen Verbindlichkeiten mit einer seinem Zielrating entsprechenden Wahrscheinlichkeit bedienen kann. Das Konzept zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse richtet sich hierbei an der IFRS-Konzernbilanz aus. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem bilanziellen Eigenkapital abzüglich Goodwill, dem Nachrangkapital, der Neubewertungsrücklage, den sonstigen beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten und dem erwarteten Gewinn der Planperiode.

Zur dauerhaften Sicherstellung der Risikotragfähigkeit stellt der Vorstand des Postbank Konzerns nur einen Teil der Risikodeckungsmasse zur Risikonahme zur Verfügung. Dieser Betrag wird als Risikokapital bezeichnet und stellt ein Limit für das Gesamtrisiko des Postbank Konzerns dar. Das Risikokapital wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand festgelegt und auf die Risikoarten verteilt. Die weitere Verteilung erfolgt dann durch die Risikokomitees.

Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos stehen der Postbank ausreichend Liquiditätsreserven zur Verfügung. Darüber hinaus reserviert die Postbank ein Sicherheitenportfolio von EZB-fähigen Wertpapieren für potenzielle Stresssituationen. Das LFT-Risiko wird zurzeit implizit über das für Geschäftsrisiken bereitgestellte Risikokapital begrenzt. Eine eigenständige Limitierung der LFT-Risiken ist in Planung.

Da eine einfache Summation des Risikokapitalbedarfs der einzelnen Risikoarten zu einer Überschätzung des Gesamtrisikos führen würde, werden im Rahmen der Aggregation Korrelationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt. Hierbei wird generell von hohen Korrelationen zwischen Markt- und Kreditrisiken ausgegangen. Die Geschäftsrisiken sowie die Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel ebenfalls mittlere bis hohe Korrelationen gegenüber den ande-

ren Risikofaktoren auf. Lediglich für das Operationelle Risiko wird gegenüber allen anderen Risikoarten von einer geringen Korrelation ausgegangen.

Für die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns im Geschäftsjahr 2008 (Berechnung per 31. Dezember 2008) und die Auslastung des Risikokapitals zum 31. Dezember 2008, bezogen auf Marktpreis- und Kreditrisiken, wird auf den Risikobericht des Postbank Konzerns verwiesen.

Um die Auslastung des Risikokapitals festzustellen, wird der unerwartete Verlust quantifiziert. Zur Messung der einzelnen als wesentlich eingestuften Risiken verwendet der Postbank Konzern einheitliche Größen, die sich am Value-at-Risk (VaR)-Ansatz orientieren, d. h. an dem Verlust (abzüglich der erwarteten Gewinne/Verluste), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % im betrachteten Zeithorizont (Haltedauer: in der Regel 1 Jahr) nicht überschritten wird. Das Konfidenzniveau leitet sich dabei aus dem angestrebten Zielrating im A-Bereich ab.

Für die im Tagesgeschäft direkt steuerbaren und mit Risikokapital unterlegten Marktpreis- und Kreditrisiken werden operative Limite festgelegt. Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung sowohl für das Kerngeschäft als auch für das Eigengeschäft über die Zuteilung von Limiten für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch die Anlage in ein unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten optimiertes Zielfortfolio. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert, sondern stellen mit ihrem Risikokapital Abzugsgrößen von der Risikodeckungsmasse dar. Auch hier ermittelt die Postbank fortwährend die Adäquanz der Abzugsgröße.

Solange die für die einzelnen Risikoarten vergebenen Limite auf Konzernebene eingehalten werden und die aggregierten Limite sowie die Abzugsgrößen geringer sind als die Risikodeckungsmasse, ist auch die Risikotragfähigkeit gewährleistet. Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Risiken werden nur innerhalb von aus Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten abgeleiteten Limiten übernommen. Damit sollen existenzgefährdende Risiken vermieden werden. Die Risikosituation war 2008 mit Blick auf die Finanzmarktkrise insgesamt sehr angespannt. Die Marktverwerfungen haben sich vor allem nach der Beantragung von Gläubigerschutz durch die US-Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. Mitte September spürbar verschärft. Mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor haben sich die Credit-Spreads im vierten Quartal in sämtlichen Asset-Klassen nochmals deutlich ausgeweitet, in einzelnen Marktsegmenten kam der Handel vollkommen zum Erliegen. Auch die Aktienmärkte reagierten auf die sich zuspitzende Finanzmarktkrise und die zunehmende konjunkturelle Eintrübung mit deutlichen Kursrückgängen. Die mit der eskalierenden Vertrauenskrise im Finanzsektor verbundenen Marktwertrückgänge führten zu einem entsprechenden Rückgang in den kapitalmarktabhängigen Bestandteilen der Risikodeckungsmasse. Parallel

dazu sind die VaR-Werte vor dem Hintergrund der deutlich erhöhten Volatilität im Jahresverlauf stark gestiegen, sodass trotz der insbesondere im zweiten Halbjahr 2008 durchgeführten Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalmarktbeständen eine zusätzliche Unterlegung mit Risikokapital erforderlich war. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war auch im Umfeld der Finanzmarktkrise jederzeit gegeben.

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet intensiv die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung. Die Risikotragfähigkeit wird konzernweit vierteljährlich ermittelt und in einem eigenständigen Bericht dargestellt. Die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger und spezialisierter Berichte dargestellt. In Abhängigkeit von der Bedeutung der Risiken werden die Berichte täglich, wöchentlich, monatlich oder quartalsweise erstellt. Adressaten des Reportings sind in der Regel der Gesamtvorstand bzw. die verantwortlichen Mitglieder der Risikokomitees und die operativen Bereiche sowie in komprimierter Form der Aufsichtsrat. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren umfänglich informiert. Die Methodenhoheit sowie die inhaltliche Verantwortung für das Risikoreporting liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben dem regulären Managementreporting existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit Inkrafttreten der Solvabilitätsverordnung (SolV), d. h. seit dem 1. Januar 2007, auf Basis der Vorgaben von Basel II. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat der Postbank mit Schreiben vom 21. Dezember 2006 die Zulassung für die Eigenkapitalberechnung nach dem IRB-Basis-Ansatz sowie dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft erteilt und mit Schreiben vom 11. Dezember 2007 die Kalkulation weiterer Portfolios auf Basis interner Ratingsysteme genehmigt. Damit orientieren sich die regulatorischen Kapitalanforderungen im Kreditgeschäft stärker an den ökonomischen Risiken. Entsprechend werden Kredite in Abhängigkeit von ihren Risiken, d. h. in Abhängigkeit von der Bonität der Schuldner, mit Eigenkapital unterlegt. Darüber hinaus werden nunmehr auch Operationelle Risiken mit Eigenkapital unterlegt.

Für die folgenden Portfolios (gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung) kalkulierte die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2008 die aufsichtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regulierungen der internen Ratingansätze:

- I Zentralregierungen: Staaten
- I Institute: Banken
- I Unternehmen: Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, angekaufte Forderungen Unternehmen

- I Mengengeschäft: Baufinanzierungen Postbank, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, angekaufte Forderungen
- I Beteiligungen, soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolV ausgenommen
- I Verbriefungen
- I Sonstige kreditunabhängige Aktiva

In den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen verwendet die Postbank selbst geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie für das Mengengeschäft ergänzend selbst geschätzte Verlustquoten und Konversionsfaktoren.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank seit dem 1. Januar 2008 den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios:

- I Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment
- I Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen
- I Forderungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, inländischen Regionalregierungen, örtlichen Gebietskörperschaften sowie nicht wettbewerblich tätigen Förderinstituten

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Grundgeschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels aufsichtlichem Formelansatz kalkuliert. Die Postbank ermittelt die Eigenkapitalunterlegung für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren sind, portfolio-spezifisch auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Risikogewichtung der übrigen Beteiligungen und auch der kreditunabhängigen Aktiva erfolgt mit aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten.

Für den 30. Juni 2009 (Stufe 1) bzw. den 31. Dezember 2010 (Stufe 2) strebt die Postbank die Zulassung der Eigenkapitalberechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für Portfolios außerhalb des Mengengeschäfts im Rahmen der fortgeschrittenen IRB-Ansätze an.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Marktpreisrisiken nutzt die Postbank die aufsichtlichen Standardmethoden. Ab dem zweiten Quartal 2010 plant die Postbank, auch für die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken, ein internes Marktrisikomodell einzuführen und dieses – nach Zulassung durch die Bankenaufsicht – ebenfalls zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen zu verwenden.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen Operationeller Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Dieser ist Basis für die geplante Umsetzung des fortgeschrittenen Messansatzes (AMA). Hierfür hat die Postbank 2007 bereits ein eigenes Quantifizierungsmodell entwickelt, das nun intern validiert und sukzessive weiterentwickelt wird. Ziel ist es, Anfang 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen und das interne Modell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der externen Eigenkapitalunterlegung einzusetzen.

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG hat die Postbank am 5. März 2008 und am 25. August 2008 ihre ersten Offenlegungsberichte gemäß Solvabilitätsverordnung auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Liquiditätsanforderungen

Die Deutsche Postbank AG erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Deutsche Postbank AG kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 8 LiqV.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die zum 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) ersetzen die früheren Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK), die Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) sowie die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) und haben diese Regelungen insbesondere um die Themenbereiche Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken ergänzt. Das inhaltliche Ziel der MaRisk besteht vor allem in der Einrichtung angemessener, am Gesamtrisikoprofil einer Bank ausgerichteter Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse. Darüber hinaus sind mit den MaRisk die qualitativen Anforderungen an die Säule II gemäß Basel II regulatorisch umgesetzt worden.

Die Postbank erfüllt die in den MaRisk kodifizierten Anforderungen zur Steuerung der bankspezifischen Risiken und zur Sicherstellung der betriebswirtschaftlichen Risikotragfähigkeit.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Risikodefinition

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Rohwarenpreisen, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten führen können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements der Postbank trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Marktpreisrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung festgelegt. Die operative Marktpreisrisikosteuerung erfolgt zentral im Bereich Financial Markets der Postbank.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als konzernweite, unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Marktpreisrisiken definiert. Das für

das Eingehen von Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellte Risikokapital begrenzt den Umfang der einzugehenden Marktpreisrisiken auf ein für die Postbank verträgliches und unter Ertragsgesichtspunkten gewünschtes Maß. Sofern ökonomisch sinnvoll und unter den im Zuge der Finanzmarktkrise angespannten Marktbedingungen möglich, werden unerwünschte Marktpreisrisiken abgesichert oder abgebaut. Sofern Marktpreisrisiken bewusst eingegangen oder beibehalten werden, erfolgt dies mit dem Ziel, Erträge zu erwirtschaften. Als zusätzliche Ertragsquelle der Postbank werden damit Zins-, Aktien-, Fremdwährungs-, Spread- und Volatilitätsrisiken in Anlage- und Handelsbüchern eingegangen.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken verwendet die Postbank eine Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der Marktpreisrisiken werden unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Im Zuge der zunehmenden Inaktivität einzelner Marktsegmente wurde zudem die Einrichtung eines gesonderten Prozesses erforderlich, in dem regelmäßig überprüft wird, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind vollständig in der Risikomessung integriert. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Gap-Strukturen herangezogen. Darüber hinaus werden die Marktpreisrisikopositionen regelmäßigen Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen, bei denen die Auswirkung außergewöhnlicher Marktbewegungen auf Barwerte als auch auf GuV- und Bilanzgrößen analysiert werden.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hat die Postbank die Rahmenbedingungen für die Risikoallokation in einem Projekt unter verschiedenen Szenarien intensiv analysiert und in Teilen neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang sind die Risikopositionen im Zins- und Aktienbereich bewusst zurückgeführt worden.

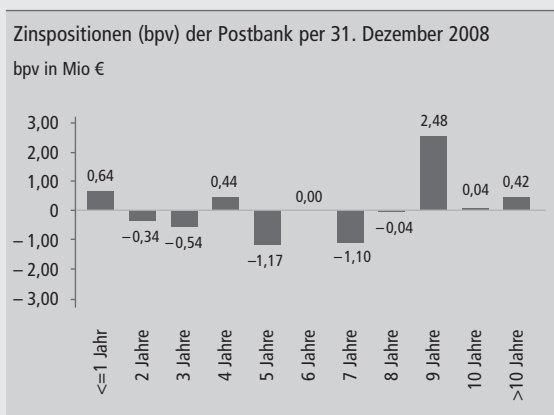
Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken für die Postbank und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, Limitüberschreitungen oder extremen Marktbewegungen mit Relevanz für die Postbank ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktpreisrisiken bezeichnen die aus einer Marktzinsänderung resultierenden Änderungen des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente. Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinsensensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen Annahmen getroffen. Von besonderer Bedeutung für die Postbank sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Einlagengeschäfte, für die das Modell der gleitenden Durchschnitte verwendet wird, sowie das Kundenkreditgeschäft.

Spezielle Abbildungsvorschriften und Bodensatzdefinitionen bilden hier ein modernes Konzept zur Risikosteuerung. In der Zinsänderungsrisikomessung werden vorzeitige Kreditrückzahlungsrechte, falls sie wesentlich sind, über Optionsmodelle berücksichtigt. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß der internen Modelle und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert.

Die nachstehende Grafik zeigt die offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2008 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog dazu als Passivüberhang zu interpretieren.



Überwachung der Marktpreisrisiken nach dem Value-at-Risk-Konzept
Die Postbank quantifiziert und überwacht die eingegangenen Marktpreisrisiken auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Die Ermittlung des Value-at-Risk (VaR) erfolgt grundsätzlich nach dem Varianz-Kovarianz-Ansatz. Im Rahmen der Risikokapitalallokation wird ein historischer Betrachtungszeitraum von 250 Handelstagen, eine Haltedauer von 90 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,93 % unterstellt. Die operative Steuerung erfolgt dagegen unter Zugrundelegung eines Konfidenzniveaus von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen (Bankbuch) bzw. 1 Tag (Handelsbücher). Als Risikofaktoren werden neben Zinskurven, Aktienkursen, Rohwarenpreisen, Wechselkursen sowie Volatilitäten auch die Risiken aus Credit-Spread-Veränderungen im VaR berücksichtigt. Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab.

Der VaR eines Portfolios bestimmt so die potenzielle negative Marktveränderung, die in einem Zeitraum von 10 Handelstagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Der Varianz-Kovarianz-Ansatz wird auf alle Portfolios des Handelsbestands und des Anlagebuches konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt und transformiert unterschiedliche Ausprägungen des Marktpreisrisikos auf eine einheitliche Risikomessgröße, den VaR. Die im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung abgeleiteten Risikolimiten werden entsprechend skaliert.

Limitierung

Die Marktpreisrisiken werden im Postbank Konzern durch ein System risikobegrenzender Limite auf der Grundlage des Value-at-Risk-Verfahrens überwacht. Die Gesamtlime werden vom Gesamtvorstand beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich definierte Niveau auf. Die im Zuge der Finanzmarktkrise aufgetretenen extremen Marktwertverluste haben in Verbindung mit den deutlich gestiegenen VaR-Werten in einzelnen Portfolios zeitweise zu Limitüberschreitungen geführt. Diese Limitüberschreitungen sind jeweils regelkonform eskaliert und nach Analyse der möglichen Handlungsoptionen auf Basis von Vorstandsbeschlüssen bereinigt worden. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios wird zusätzlich eine Intraday-Überwachung durchgeführt.

Backtesting

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Backtesting). Die Auswertung erfolgt nach dem Ampel-Modell der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Über die Backtesting-Ergebnisse wird der Vorstand im Rahmen der monatlichen Berichterstattung informiert. Die vor allem im zweiten Halbjahr drastisch erhöhte Volatilität der Marktrisikofaktoren führte in einzelnen Subportfolios zu einem deutlichen Anstieg der Fälle, in denen die realisierte Marktwertschwankung größer als der kalkulierte VaR war. Daraufhin wurden im vierten Quartal für die betroffenen Portfolios pauschale VaR-Aufschläge eingeführt, die zu einer spürbaren Verbesserung der Backtesting-Ergebnisse führten. Auf den relevanten übergeordneten Ebenen zeigt das Backtesting für das Jahr 2008 insgesamt noch im Rahmen der statistisch zu erwartenden Bandbreiten liegende Ergebnisse und bestätigt damit die grundsätzliche Angemessenheit des verwendeten VaR-Verfahrens.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse von extremen Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen (Worst-Case-Szenarien) auf die Vermögenspositionen der Postbank. Im Rahmen dieser Analysen werden auch die marktwertigen Auswirkungen auf die Bilanz- und GuV-Positionen untersucht. Die Auswirkungen der Szenarien werden für jedes Risiko den zugeteilten Limiten gegenübergestellt. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees sowie der Aufsichtsrat werden über die Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die im Berichtsjahr durchgeführten Szenarioanalysen zeigten, dass die Risikotragfähigkeit der Postbank auch bei einer noch weiteren Verschärfung der angespannten Marktsituation gewährleistet wäre.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank bei Geschäftsabschluss auch eine Prüfung aller Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

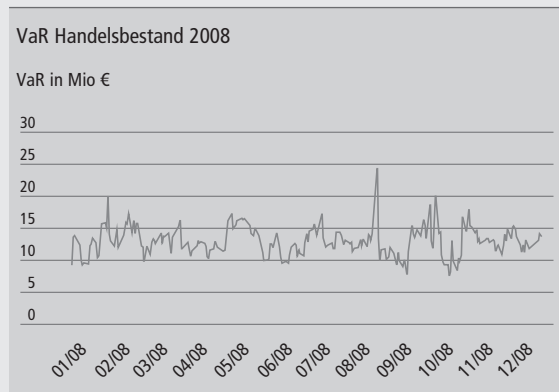
Risikokennzahlen

Für die Postbank wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (sowie für das Vergleichsjahr 2007) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) für den Handelsbestand ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbestand	2008 Mio €	2007 Mio €
VaR am Jahresresultimo	13,4	6,8
Minimaler VaR	7,6	2,5
Maximaler VaR	23,6	15,1
VaR im Jahresdurchschnitt	12,3	6,5

Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Wesentlichen durch Zinsänderungsrisiken (einschließlich Spread-Risiken) im Anlagebuch determiniert. Daneben werden zur Risikodiversifikation innerhalb des Anlagebuchs und zur Erzielung von kurzfristigen Kursgewinnen im Handelsbestand Aktienkurs- und Volatilitätsrisiken eingegangen. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung. Zum Jahresende wurden angesichts der extrem angespannten Marktsituation die Aktienbestände im Anlagebuch der Postbank abgebaut.

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres 2008 für den Handelsbestand ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

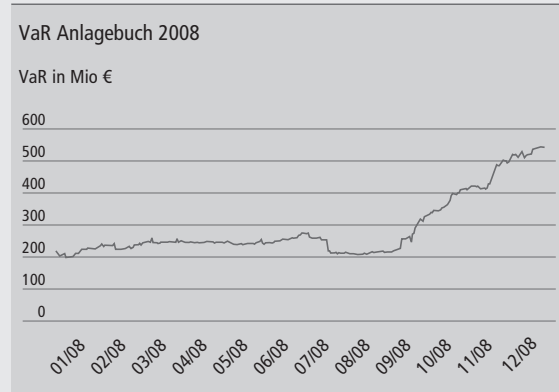


Im Verlauf des Jahres 2008 wurden im Handelsbestand die ausgeprägten Marktschwankungen flexibel zur Positionierung an den Zins- und Aktienmärkten genutzt. Der VaR im Handelsbestand bewegte sich aufgrund der deutlich gestiegenen Volatilitäten unter Schwankungen auf einem gegenüber 2007 erhöhten, insgesamt aber auf einem moderaten Niveau.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau 99 %, Haltedauer 10 Tage) zum 31. Dezember 2008 513 Mio € (zum Vergleich: 116 Mio € per 31. Dezember 2007).

Value-at-Risk-Anlagebuch	2008 Mio €	2007 Mio €
VaR am Jahresresultimo	513,0	115,6
Minimaler VaR	116,1	55,1
Maximaler VaR	514,0	136,1
VaR im Jahresdurchschnitt	235,1	87,9

In die Berechnung werden sämtliche risikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen.



Der deutliche Anstieg im Value-at-Risk ist im Wesentlichen auf die im Zuge der Finanzmarktkrise – insbesondere nach der Beantragung von Gläubigerschutz durch die US-Investmentbank Lehman Brothers Holdings Inc. Mitte September – über alle Asset-Klassen hinweg sprunghaft angestiegenen Volatilitäten zurückzuführen. Dieser Effekt überlagert deutlich den im Jahresverlauf durchgeführten Abbau von stark volatilen Kapitalmarktbeständen.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reporting-Instrumente, die detailliert Auskunft über die eingegangenen Marktpreisrisiken geben:

- I Der Tagesbericht informiert den Gesamtvorstand sowie die Positionsverantwortlichen täglich vor Handelsbeginn über die eingegangenen Positionen, die Auslastung der Limite und den ökonomischen Gewinn/Verlust der Positionen.
- I Der Wochenbericht fasst die wesentlichen Veränderungen des Marktes und in den Positionen zusammen und richtet sich an die Positionsverantwortlichen. Die Tages- und Wochenberichte werden regelmäßig mit den Positionsverantwortlichen abgestimmt und liefern die Grundlage für die operative Steuerung.
- I Der Monatsbericht gibt eine umfassende Übersicht über die Entwicklung der Marktpreisrisiken innerhalb des Berichtszeitraums und richtet sich an den Gesamtvorstand. Neben den laufenden Ergebnissen und Risikokennzahlen enthält dieser Bericht auch die Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Stresstest- und Backtesting-Analysen. Darüber hinaus wird, getrennt nach Portfolios und Währungen, über das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch bei einem definierten Zinsschock und zusätzlichen Zinsszenarien informiert.
- I Das monatliche MRK-Reporting stellt für das Marktrisikokomitee in aggregierter Weise Risikokennzahlen (VaR, Zinssensitivitäten, Stresstestresultate) und barwertige bzw. periodische Ergebnisse, abgegrenzt nach Managementeinheiten bzw. GuV-Wirksamkeit, dar.
- I Der Risikobericht an den Aufsichtsrat fasst quartalsweise die wesentlichen Risikokennzahlen zusammen und stellt darüber hinaus die Ergebnisse aus den Sensitivitäts- und Stresstestanalysen dar.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Risikodefinition

Kreditrisiken (oder auch Adressenausfallrisiken) definiert die Postbank als Risiken aus möglichen Wertverlusten, die durch Bonitätsveränderungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:

- I Bonitäts- und Ausfallrisiken
Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
- I Abwicklungsrisiken
Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen. Abwicklungsrisiken entstehen immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere bzw. andere kontrahierte Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.
- I Kontrahentenrisiken
Risiken möglicher Wertverluste durch den Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften. Hier handelt es sich um Wiedereindeckungsrisiken.
- I Länderrisiken
Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements im Postbank Konzern trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Kreditrisiken wurde vom Vorstand an das Kreditrisikokomitee (K RK) delegiert: Die Kontrolle durch den Aufsichtsrat erfolgt im Kreditausschuss.

Der Postbank Konzern steuert sein Adressenausfallrisiko auf der Grundlage der vom Vorstand jährlich verabschiedeten Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie enthält Vorgaben für die Risikoprofile und Renditeziele der einzelnen Kreditprodukte.

Als eine weitere risikostrategische Maßnahme orientiert sich die Postbank bezüglich der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios für Firmenkunden, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregionen sowie Kommunen) an einem Zielportfolio. Dieses Zielportfolio wurde unter der besonderen Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielportfolio. Die identifizierten Abweichungen fließen kontinuierlich in die Steuerung der Kreditportfolios ein. Für Unternehmensfinanzierungen erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return on Equity, dem Verhältnis aus risikoadjustierter Nettomarge und gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation nicht Teil des Zielportfolios, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos statt und zum anderen auf Portfolioebene.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Krediten ist grundsätzlich abhängig von deren Höhe und bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets zusätzlich von der Bonitätseinstufung (Rating) des jeweiligen Kreditnehmers bzw. Schuldners. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren regelmäßig ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers. Parallel werden die Verwertungsquote bei Zahlungsunfähigkeit entweder individuell (im Falle der Baufinanzierungen) oder pauschal (im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts) geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse der Masterskala und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Rating-Agentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten.

Im Rahmen der Basel-II-Umsetzung hat die Postbank die Prozesse zur Konzeption, Implementierung und Überwachung der Ratingsysteme den Anforderungen an die Verwendung interner Ratingsysteme angepasst. Dazu gehören insbesondere die regelmäßige Überprüfung des Leistungsverhaltens und der korrekten Anwendung der Ratingsysteme, die Kalibrierung und Validierung der Ratingsysteme sowie die Einbindung der Ergebnisse der Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen. Alle Ratingsysteme werden vom Vorstand der Postbank genehmigt. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit des Ratingsystems sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert.

Neben der Unterstützung beim Kreditentscheidungsprozess dienen Rating- und Scoringergebnisse u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des „erwarteten Verlusts“, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist, und fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Mit diesem System können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Die im täglichen Geschäftsbetrieb einer Bank eingegangenen Risiken können durch Sicherungsinstrumente oder Aufrechnungsverfahren gemindert werden.

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredites auf Basis konzern einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht.

Die Entscheidung über die Anerkennung und Anwendung eines Sicherungsinstrumentes zur Kreditrisikominderung trifft die Postbank im Kontext ihrer Geschäftsstrategie und der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Sachsicherheiten wie Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und Sachsicherheiten.

Die Verantwortlichkeit für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die Verwaltung der Sicherheiten wird DV-technisch unterstützt in den positionsführenden Systemen vorgenommen. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A-. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risiko-klassifizierungs-, -limitierungs- und -überwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Immobiliensicherheiten unterliegen einer vorsichtigen Bewertung, die auch Risiken potenzieller Wertverschlechterungen adäquat berücksichtigt. Je nach zugrunde liegendem Risiko werden Sicherheiten in unterschiedlichen Zeitabständen und Intensitäten überwacht. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheit.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgt turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung, eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktschwankungskonzepts des ZKA und daneben eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten größer als 3 Mio € wird die Bewertung spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Für grundpfandrechtliche Sicherheiten im Privatkunden-Baufinanzierungsgeschäft hat die Postbank ein Marktschwankungskonzept zur Überwachung von Wohnimmobilien entwickelt, das auf statistischen Analysen von Marktindizes und Ad-hoc-Analysen bei außergewöhnlichen Wertänderungen beruht und zur jährlichen Überprüfung der Werthaltigkeit der Sicherheiten dient.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen

können. Die Risikohöhe sowie die Risikokonzentration werden durch Limitierung des Einzelkredits oder Limitierung des Gesamtobligos eines Kreditnehmers begrenzt. Für die Erfassung und Kontrolle werden moderne Datenverarbeitungssysteme eingesetzt. Die Kontrollen werden entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben von den operativen Krediteinheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit hat die Postbank entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand produktindividuell definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, ggf. Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Die Postbank führt im 14-tägigen Rhythmus mit Hilfe von Researchinformationen Bonitätsüberprüfungen insbesondere in den Segmenten Finanzdienstleister, Unternehmen und strukturierte Finanzierungen durch, um sehr frühzeitig negative Trends in der Entwicklung der Bonität erkennen und Handlungsalternativen entwickeln zu können. Diese Überprüfungen werden durch eine Software unterstützt, die Kreditausfallwahrscheinlichkeiten aus einer Vielzahl von Marktdaten ableitet.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredites als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Die Überwachungsliste dient auch der Erfassung und Analyse der Qualitätsänderungen dieser Kredite. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand Kredit quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand, das Kreditrisikokomitee und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene Portfoliosteuerung

Neben der Überwachung der Einzelrisiken ermittelt der Postbank Konzern den Credit Value-at-Risk (CVaR) des gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestandes des Konzerns. Der CVaR ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, der innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Gegensatz dazu ist der in der Tabelle „Portfoliostruktur“ angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Postbank Portfolios, bezogen auf einen Einjahreshorizont. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist der CVaR als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied dazu ist der erwartete Verlust eines Kreditportfolios der Forderungsbestand, der erwartungsgemäß im Durchschnitt innerhalb eines Zeitintervalls von einem Jahr in Verzug geraten bzw. ausfallen wird. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Forderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Messung des CVaR wird mit einem Kreditrisikomodell durchgeführt, das die konsistente Erfassung aller Kreditrisiken ermöglicht. Die Berechnung des CVaR basiert auf dem Migrationsverhalten der schulnerspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des CVaR werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verwertungsquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die CVaR-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Branchen-/Produkt-Ausfallwahrscheinlichkeiten und -Korrelationen, Credit Spreads als Risikoaufschläge für verschiedene Rating-/Bonitätsklassen sowie Schwankungsbreiten dieser Parameter für die Monte-Carlo-Simulation ein. Homogene, granulare Forderungen werden dabei bei der Berechnung des CVaR zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird vierteljährlich der CVaR des Konzernkreditportfolios berechnet, für einzelne Produkte/Geschäftsbereiche mit besonderen Risikostrukturen erfolgt eine tägliche Berechnung des CVaR. Aufgrund der Diversifikationseffekte ist der CVaR im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der einzelnen CVaR der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom Kreditrisikokomitee den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten CVaR-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des CVaR wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen, mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2008 (Berechnung per 30. November 2008) im Vergleich zum Jahresende 2007 werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Weil der CVaR inklusive Portfolioeffekte

nicht auf Ebene der Deutschen Postbank AG berechnet wird, wird die Portfoliostruktur in der Tabelle auf Konzernebene dargestellt.

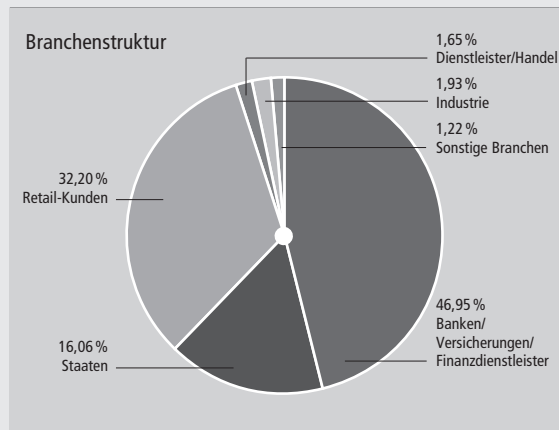
Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Credit VaR *	
	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Firmenkunden	25.860	18.670	77	55	205	181
Privatkunden	46.067	42.380	213	173	199	133
Financial Markets	142.903	112.494	210	109	848	606
Sonstige (Banken/ Kommunen)	6.056	7.828	4	4	108	121
BHW	41.622	41.965	66	73	63	57
Gesamt (inkl. Portfolioeffekt)	262.508	223.337	570	414	877	661

* Konfidenzniveau 99,93 %

Der Anstieg des Gesamtkreditbestands von 223.337 Mio € um 17,5 % auf 262.508 Mio € geht mit einem Anstieg des Erwarteten Verlusts um 37,7 % und einem Anstieg des Unerwarteten Verlusts um 32,7 % einher. Der überproportionale Anstieg des Erwarteten und des Unerwarteten Verlusts resultiert aus Ratingverschlechterungen infolge der Kapitalmarktkrise und einem zusätzlichen Anstieg von Konzentrationsrisiken. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist eine weitere Abnahme des Konzernkreditbestands gegenüber Banken und Kommunen und ein Anstieg der Privat- und Firmenkundenkredite sowie der Financial-Markets-Bestände zu beobachten. Unter Berücksichtigung des geplanten Wachstums im Kreditvolumen ist auch für das laufende Jahr mit einer entsprechenden Ausweitung des Erwarteten Verlusts und des CVaR zu rechnen. Diesem Wachstum steht der geplante Abbau von Financial-Markets-Beständen gegenüber.

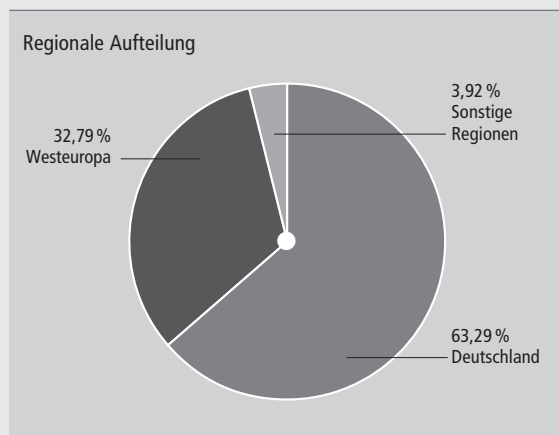
Branchenstruktur des Kreditportfolios

Die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente zeigt bei ausgewogener Struktur ein weiterhin stabiles Bild. Folgende Grafik veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Klassen. Das Kreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in nationalen und internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen. Der breit diversifizierte Bestand an Finanzanlagen wird dominiert durch ein Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands oder anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern. Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostrategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten optimiert wurde.



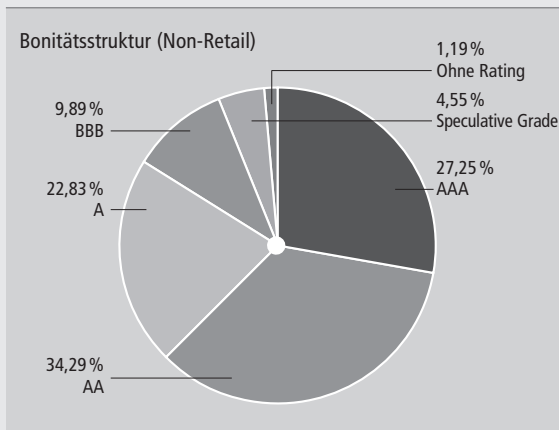
Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer zentralen Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Im Zuge der Finanzmarktkrise sind verschiedene Länderlimite für Neugeschäft gesperrt worden. Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland.



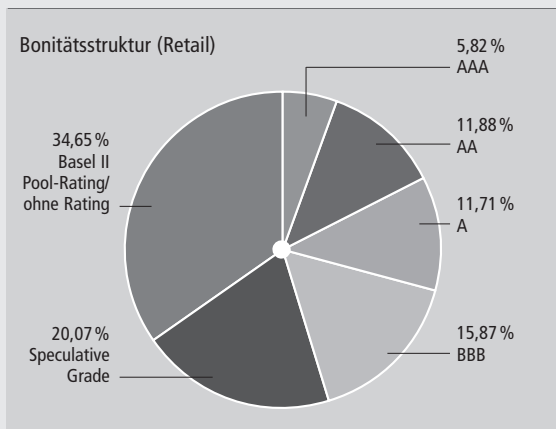
Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die Verteilung der Ratingklassen des Kreditportfolios zeigt die konservative Ausrichtung der Postbank. In der folgenden Grafik ist die Ratingstruktur des Kreditportfolios für das Non-Retail-Geschäft dargestellt. Es dominieren die guten Ratingklassen mit Investmentqualität.



Im Vergleich zum Jahresabschluss 2007 wurden überwiegend in den obersten Ratingklassen (AAA und AA) Bestände aufgebaut. Die aktuelle Ratingverteilung der Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten liegt oberhalb der gemäß Kreditrisikostategie angestrebten Ziel-Ratingverteilung.

Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine sehr günstige Bonitätsstruktur auf, wie die folgende Grafik illustriert. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor 08/2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d. h., durch Segmentierungen werden homogene Risikopools gebildet, für die dann die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da für jedes Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.



Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungspools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur („Standard & Poor’s“, „Moody’s“ oder „Fitch Ratings“) geratet. Die Verbriefungspositionen haben zum Zeitpunkt des Erwerbs in der Regel ein Rating von BBB– oder besser. Ein internes Ratingmodell für diese Positionen existiert nicht.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien in Deutschland führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Zum Berichtsstichtag hat die Postbank die Transaktion PB Domicile 2006-1 in Bestand. Darüber hinaus hat die Postbank im laufenden Geschäftsjahr als traditionelle Verbriefung die Originator-Verbriefung PB Consumer 2008-1 strukturiert, zu der per Stichtag allerdings noch kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde.

Risikoreporting

Der Postbank Konzern nutzt verschiedene Reportinginstrumente zur Darstellung der Kreditrisiken:

- I Der Kreditrisikobericht, der dem Gesamtvorstand und dem Kreditausschuss des Aufsichtsrats vierteljährlich zur Kenntnis gegeben wird, gibt Aufschluss über die Entwicklung des aktuellen Konzernkreditportfolios und die Ausfallentwicklung auf Einzelgeschäftsebene. Neben der Darstellung von Kreditbestands- und -risikokennzahlen werden u. a. die größten auf den Einzelschuldner aggregierten Forderungsbestände und die größten notleidenden Kredite sowie die Auslastung der Risikolimits dargestellt.
- I Der Credit-Monitoring-Bericht wird vierteljährlich parallel zum Kreditrisikobericht erstellt und enthält zusätzliche Detailinformationen auf Geschäftsfeld- und Produktebene zur Steuerung der Kreditrisiken durch die operativen Einheiten. Der Credit-Monitoring-Bericht wird durch das Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Die Kreditmatrix liefert detaillierte Informationen zum Kreditrisiko auf Portfolioebene (CVaR, Ratingverteilungen, Branchenverteilungen, Konzentrationsrisiken, Limitauslastung, Ziel-Ist-Portfolios), die in aggregierter Form teilweise auch in den Kreditrisikobericht und den Credit-Monitoring-Bericht einfließen. Auch die Kreditmatrix wird vierteljährlich vom Kreditrisikokomitee verabschiedet.
- I Zum Monitoring der Performance der Risikoklassifizierungsverfahren auf Einzelkreditenebene (Rating- und Scoringmodelle) werden je nach Geschäftsfeld monatlich bis vierteljährlich Modellmonitoring-Reports erstellt, um die Performance der Rating- und Scoringmodelle im Rahmen einer Kurzvalidierung zu analysieren und zu dokumentieren. Ebenfalls wird die Modell-Compliance untersucht, d. h. die sachgerechte Anwendung der Modelle.

- I Auf Einzelebene sind die Überwachungslisten ein weiteres Instrument zur Berichterstattung bei größeren und wertberichtigten Engagements.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Postbank hat erkannt, dass die Identifizierung und Quantifizierung von Umweltrisiken einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft bilden müssen. Im Hinblick auf unsere Kunden betrachten wir die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken Risikodefinition

Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank zwischen zwei Arten von Risiken, dem Zahlungsfähigkeitsrisiko und dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko). Unter dem Zahlungsfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums ein Verlust entstehen kann.

Organisation und Risikostrategie

Die Verantwortung für zentrale Aufgaben des Risikomanagements in der Postbank trägt der Vorstand. Das Risikomanagement der Liquiditätsrisiken wurde vom Vorstand an das Marktrisikokomitee (MRK) delegiert, die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat.

Die Postbank hat eindeutige Regelungen bezüglich der Verantwortlichkeiten im Rahmen der Liquiditätsrisikosteuerung festgelegt. Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt zentral im Ressort Financial Markets. Die Abstimmungsprozesse sind im Zuge der eskalierenden Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Herausforderungen an eine reaktionsschnelle und flexible Liquiditätsrisikosteuerung noch einmal intensiviert worden. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank.

Der Bereich Risikocontrolling fungiert als unabhängige Überwachungseinheit. Neben der Kompetenz für die angewandten Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -steuerung übernimmt das Risikocontrolling auch die operative Limitüberwachungs- und Reportingfunktion.

Die Postbank hat in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert.

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Liquiditätsrisiken werden nur im Rahmen genehmigter Grenzen übernommen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein umfangreiches Portfolio mit freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, das kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Dieses Portfolio wurde angesichts der erheblichen Verunsicherung gerade auch im Bereich der Retail-Kunden und der extrem angespannten Situation am Geldmarkt im Zuge der Finanzmarktkrise noch einmal deutlich aufgestockt. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen, in deren Rahmen im Berichtsjahr zwei Jumbo Pfandbriefe begeben wurden.

Das bereits Ende 2007 aufgesetzte Projekt, das die sukzessive Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung verfolgt, verläuft planmäßig und wird Ende 2009 abgeschlossen.

Die Postbank hat im Berichtsjahr die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV) stets erfüllt.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Im Berichtsjahr wurde das Ressort Financial Markets organisatorisch neu geordnet. Der Bereich Liquiditätssteuerung ist verantwortlich für die Steuerung der Liquiditätsrisiken mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und der Liquiditätsfristentransformation.

Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Risikocontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens monatlich Stresstests unterzogen. Die hierbei betrachteten Szenarien sind im Berichtsjahr angesichts der extrem angespannten Marktentwicklung um weitere Extremszenarien ergänzt worden, die die mögliche Kumulation nachteiliger Liquiditätseffekte noch stärker berücksichtigen. Diese Simulationsberechnungen berücksichtigen externe Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände.

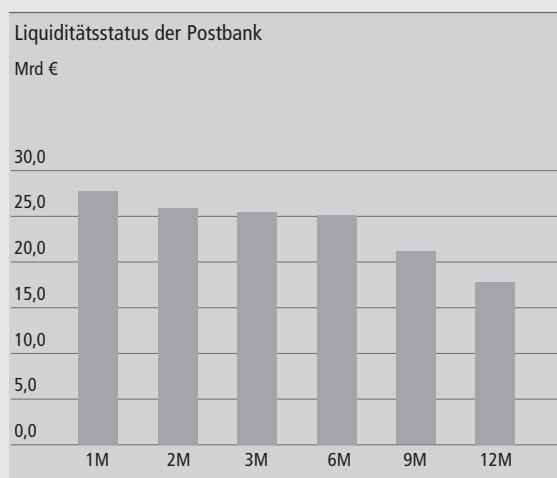
Die Liquiditätssituation der Postbank ist – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise massiv erschwerten Marktbedingungen – insbesondere aufgrund der insgesamt stabilen Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an notenbankfähigen Wertpapieren solide.

Die folgende Darstellung zeigt den Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2008. Dabei handelt es sich um eine kumulierte Darstellung der erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhan-

denen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung innerhalb eines Einjahreshorizonts.

Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, die Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und die Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten, zum Teil auf Schätzungen.

Danach sind über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge zu verzeichnen, die die solide Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.



Risikoreporting

Insgesamt nutzt die Postbank verschiedene regelmäßige Instrumente zum Reporting der Liquiditätsrisiken, die angesichts der angespannten Marktsituation erweitert und fallweise durch Ad-hoc-Auswertungen zu einzelnen Analyseschwerpunkten ergänzt worden sind:

- I Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des Marktrisikokomitees und die Liquiditätssteuerung werden täglich über den Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastungen unterrichtet.
- I Das Marktrisikokomitee wird durch die Organisationseinheit Liquiditätssteuerung monatlich in einem eigenständigen Report zur Marktsituation, Liquiditätssituation und Refinanzierungsaktivitäten der Postbank informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich die Übersicht des Liquiditätsstatus inklusive der etablierten Szenarioanalysen und Stresstests.
- I Monatliche Informationen über die Liquiditätskennzahlen gemäß Liquiditätsverordnung werden im Rahmen des Vorstands-Informationen-Systems (VIS) an den Gesamtvorstand adressiert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Risikodefinition

Die Postbank definiert Operationelle Risiken in Übereinstimmung mit § 269 der Solvabilitätsverordnung als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen

Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für Operationelle Risiken verwendet die Postbank bislang den Standardansatz. Die Erfüllung der qualifizierenden Anforderungen an den Standardansatz gemäß der Solvabilitätsverordnung wurde mittels einer institutsinternen Prüfung bestätigt und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank angezeigt.

Im Berichtsjahr hat der Gesamtvorstand die Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) beschlossen. Die Arbeiten zur Umsetzung wurden im zweiten Halbjahr 2008 begonnen. Weitere Vorbereitungen werden im Jahr 2009 getroffen. Ziel ist es, Anfang 2010 den Zulassungsantrag bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank einzureichen und das interne Modell nach erfolgter Zulassung auch für die Ermittlung der externen Eigenkapitalunterlegung einzusetzen. Externe Daten werden vom Datenkonsortium DakOR bezogen. Darüber hinaus ist die Postbank im Jahre 2008 dem internationalen Datenkonsortium ORX beigetreten. Ein erster Austausch von Schadenfalldaten wird diesbezüglich Anfang 2009 erfolgen.

Organisation und Risikostrategie

Der Vorstand der Postbank verantwortet die Steuerung, Kontrolle und Überwachung der Operationellen Risiken. Das vom Vorstand eingesetzte Komitee zur Steuerung der Operationellen Risiken (ORK) ist für die Festlegung konzernweiter Grundsätze zuständig. Das Management der Operationellen Risiken ist Aufgabe der jeweiligen Einheiten des Konzerns.

Strategische Vorgaben zum Management Operationeller Risiken sind Teil der Gesamtstrategie. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen Operationelle Risiken auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. Die Strategie zu den Operationellen Risiken beinhaltet konzernweite Grundprinzipien z. B. zur aktiven Sicherheit wie Transparenz der Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen und angemessene Sicherheitsrichtlinien, aber auch zur passiven Sicherheit in Form einer ausreichenden finanziellen Vorsorge. Die Prinzipien gliedern sich in Standards, die vom ORK definiert wurden und von allen Organisationseinheiten beachtet werden müssen, und in Prinzipien, die in der Verantwortung der einzelnen Geschäftsfelder liegen.

Die Operationellen Risiken sind in das Risikotragfähigkeitskonzept des Postbank Konzerns integriert. Der ermittelte Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken fließt als Abzugsgröße von der verfügbaren Risikodeckungsmasse in den Limitierungsprozess ein. Eine Suballokation von Risikokapital auf die einzelnen Profitcenter findet derzeit nicht statt.

Zur Sicherstellung eines einheitlichen Vorgehens werden alle Maßnahmen zur Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken durch die Abteilung Markt-/Operationelle Risiken der Postbank Zentrale koordiniert.

Folgende Methoden setzt die Postbank im Rahmen des OpRisk-Controllings ein:

- I strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 €,
- I Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- I halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollsystems.

Auch die regelmäßige Schulung der dezentralen Risikomanager und die Weiterentwicklung der eingesetzten Softwarelösung werden von der Zentrale verantwortet. In dem „Handbuch zum Controlling Operationeller Risiken im Postbank Konzern“ sind sowohl die Methoden als auch die originären Verantwortlichkeiten der am OpRisk Management- und Controllingprozess Beteiligten beschrieben. Die Verantwortung zur Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Das Management der Operationellen Risiken bleibt wichtige Aufgabe der einzelnen operativen Einheiten.

In Ergänzung zum zentralen Controlling und als Unterstützung der jeweiligen Führungskräfte bei der Risikoprävention existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk Managern.

Nachdem bis zum Jahre 2007 alle wesentlichen Geschäftseinheiten des PB Konzerns in den Controllingprozess erfolgreich integriert wurden, lag im Jahre 2008, neben den vorbereitenden Aktivitäten zur Einführung eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA), der Schwerpunkt der Arbeiten auf einer weiteren Verbesserung der Datenqualität und des Reportings.

Zur Ermittlung des Anrechnungsbetrags für die Operationellen Risiken verwendet die Postbank den Standardansatz. Die Anrechnungsbeträge für die Operationellen Risiken werden für interne Zwecke – abweichend von den aufsichtlichen Vorgaben – vierteljährlich ermittelt und dem Betrag, der für die Operationellen Risiken im Rahmen der Kapitalallokation reserviert wurde, gegenübergestellt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Teilanrechnungsbeträge je Geschäftsfeld dargestellt.

Geschäftsfeld gemäß Solvabilitätsverordnung	Anrechnungsbetrag für die Operationellen Risiken	
	2008 Mio €	2007 Mio €
Unternehmensfinanzierungen	–	–
Handel	28	22
Privatkundengeschäft	253	243
Firmenkundengeschäft	33	32
Zahlungsverkehr und Abwicklung	1	1
Depot- und Treuhandgeschäft	1	1
Vermögensverwaltung	0	0
Wertpapierprovisionsgeschäft	9	10
Summe Postbank AG	325	308

Zur Validierung der Anrechnungsbeträge wurde das institutsinterne Quantifizierungsmodell zur Ermittlung eines Operational Value-at-Risk (OpVaR) sukzessive weiterentwickelt. Im Rahmen der Qualifi-

zierung für einen fortgeschrittenen Messansatz wird es 2009 um weitere aufsichtlich geforderte Komponenten ergänzt.

Risikoreporting

Die Leitungsebenen der Postbank erhalten regelmäßig Berichte zu den Operationellen Risiken und Schäden:

- I Die Mitglieder des OpRisk-Komitees werden monatlich über aufgetretene Schadenfälle und ausgewählte Indikatoren, die die definierte Toleranzschwelle überschritten haben, informiert.
- I Der Gesamtvorstand erhält monatlich eine aktuelle Zusammenstellung der erfassten Schadenfälle.
- I Das OpRisk-Komitee wird daneben halbjährlich über die Ergebnisse des Self-Assessments unterrichtet.
- I Auf dezentraler Ebene erhalten die jeweiligen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen, entsprechend den Informationsbedürfnissen, abgestufte Berichte.

Bei gravierenden Schadenfällen oberhalb einer definierten Schadensumme werden die ORK-Mitglieder im Rahmen des Ad-hoc-Reportings unverzüglich informiert.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungs- und Immobilienrisiken

Risikodefinition

Die Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes.

Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Einzelabschluss der Postbank unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden.

Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Postbank und umfassen die Risiken aus Mietausfällen, Teilwertabschreibungen sowie Veräußerungsverlusten.

Organisation und Risikostrategie

Die Portfoliosteuerung des Immobilien- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Gesamtvorstand der Bank.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Beteiligungsbesitz werden in der Bank von verschiedenen zentralen Konzerneinheiten wahrgenommen. Das Beteiligungsmanagement koordiniert insbesondere im Rahmen der Organbetreuung die Überwachung der Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften und sonstigen Beteiligungen im Sinne der Beteiligungsstrategie. Auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 hält die Deutsche Postbank AG 65 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2008 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr moderat erhöht.

Im Verständnis der Postbank handelt es sich bei den Unternehmensbeteiligungen zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Servicedienstleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Revision, Buchhaltung, Controlling, Recht und Personal durch zuständige Organisationseinheiten der Postbank wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Deutschen Postbank AG überwacht.

Die Postbank hält keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Der Bereich Risikocontrolling überwacht regelmäßig die für die Risiken innerhalb des Beteiligungsbesitzes definierten Wesentlichkeitsgrenzen und informiert hierüber den Vorstand und die Risikokomitees.

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Postbank.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die wesentlichen Risiken (insbesondere Marktpreis-, Kredit- und Liquiditätsrisiken) strategischer Tochtergesellschaften und Beteiligungen sind in die operativen und strategischen konzernweiten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme eingebunden. Die Operationellen Risiken und Geschäftsrisiken der Mehrheitsbeteiligungen sind in das entsprechende Steuerungs- und -überwachungssystem der Postbank mit eingebunden. Das residuale Beteiligungsrisiko vermindert als Abzugsposten das verfügbare Risikokapital.

Dem Ziel einer frühzeitigen Kenntniserlangung von Geschäfts- und Risikoentwicklungen dienen darüber hinaus laufende Abstimmungsgespräche zwischen den Gesellschaften und den korrespondierenden Fachebenen der Bank. Dazu sind die Beteiligungen grundsätzlich den jeweiligen Ressorts zugeordnet.

Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungen werden diese in vierteljährlichem Abstand einem Impairment-Test unterzogen. Entsprechend den vom Institut der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen zur Bewertung von Beteiligungen und Unternehmensanteilen basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des Ertragswertverfahrens.

Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Risikoreporting

Im Rahmen der Steuerungs- und Überwachungssysteme wird regelmäßig auch über die entsprechenden Risiken der darin einbezogenen strategischen Beteiligungen und Tochtergesellschaften berichtet. Daneben nutzt der Postbank Konzern verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Beteiligungsrisiken:

- I Dem Vorstand der Postbank werden quartalsweise die wesentlichen Ergebniskennziffern aller im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften berichtet.
- I Darüber hinaus wird im Rahmen der Organsitzungen der Tochtergesellschaften (Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlungen etc.) kontinuierlich dem Anteilseigner Deutsche Postbank AG über die Entwicklung der Risikosituation in den jeweiligen Tochtergesellschaften berichtet.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Risikodefinition

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Ergebnisrückgänge, die dadurch entstehen, dass bei rückläufigen Erträgen die Aufwendungen nicht in gleichem Maße angepasst werden können (Fixkosten-Remanenz) bzw. die Aufwendungen unerwartet steigen. Ursachen für derartige Ergebnisrückgänge können neben internen Faktoren z. B. unvorteilhafte volkswirtschaftliche Veränderungen oder politische Entscheidungen sein, die ein geändertes Kundenverhalten zur Folge haben. Im Rahmen der Geschäftsrisiken werden folgende Risikoarten abgedeckt:

- I Modellrisiken
Risiko aus unerwartetem Volumens- oder Margenrückgang, das durch die Modellierung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapitalbindung und variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden kann.
- I Residuale Geschäftsrisiken
Sonstige unerwartete Volumens- oder Margenrückgänge, die nicht durch das Modellrisiko abgedeckt sind.
- I Strategische Risiken
Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der Postbank auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld. Strategische Risiken können somit aus einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, unvorhersehbaren Diskontinuitäten im Markt oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren. Die Postbank unterscheidet bei den strategischen Risiken wiederum zwischen den unternehmensinternen Risiken, die aus unzureichenden Strategieprozessen entstehen, und den unternehmensexternen Risiken, die durch unerwartete Marktentwicklungen verursacht werden.
- I Reputationsrisiken
Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation und Risikostrategie

Die Steuerung der Geschäftsrisiken als Teil der Konzernrisikostrategie obliegt dem Gesamtvorstand. Er steht entsprechend bei strategischen Risiken in der Pflicht, sich abzeichnenden Fehlentwicklungen mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken. In Abhängigkeit von der Tragweite der strategischen Entscheidung ist zusätzlich noch die Zustimmung des Aufsichtsrats notwendig.

Die Ermittlung der Geschäftsrisiken wird mindestens quartalsweise im Bereich Risikocontrolling durchgeführt und in der Risikotragfähigkeitsermittlung als Abzugsposten vom Risikokapital berücksichtigt. Der Risikokapitalbedarf durch das Modellrisiko wird monatlich gemessen und an den Gesamtvorstand und das Marktrisikokomitee berichtet.

Operatives Risikomanagement und Risikocontrolling

Die Abschätzung der Geschäftsrisiken erfolgt mithilfe eines Earnings-at-Risk-Modells (EaR) mit dem im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts festgelegten Konfidenzniveau und einem einjährigen Prognosezeitraum. Als Grundlage zur Abschätzung der Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden. Im Gegensatz zum VaR, bei dem barwertige Schwankungen betrachtet werden, beruht das EaR-Modell auf der Schwankung von periodenbezogenen Erträgen. Um die Auswirkungen der Ursache einer Schwankung der Erträge und Aufwendungen über die betrachtete Periode hinaus zu erfassen, erfolgt eine Skalierung der Geschäftsrisiken mit einem Nachhaltigkeitsfaktor.

Das Modellrisiko existiert hauptsächlich im Geschäftsfeld Retail Banking innerhalb der Spar- und Giroprodukte, tritt jedoch auch im Bereich Firmenkunden auf. Risiken aus der Modellierung von Kundengeschäften mit nicht deterministischen Cashflows ergeben sich insbesondere daraus, dass zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken Ablauktionen von Kundenprodukten mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung (vor allem Spar- und Giroeinlagen, Dispositionskredite) definiert werden. In der Ablauktion werden die Cashflows der variabel verzinslichen Kundenprodukte nach dem gängigen Verfahren der gleitenden Durchschnitte abgebildet. Unter der getroffenen Annahme eines langfristig stabilen Bodensatzes der Kundenvolumen zielt die Mischung gleitender Durchschnitte darauf ab, Portfolios aus Geld- und Kapitalmarktgeschäften zu bilden, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf Volumens- und Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können.

Die anderen Geschäftsrisiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts nicht separat quantifiziert, sondern aggregiert mit Risikokapital unterlegt. Im Sinne eines Frühwarnsystems werden laufend Markt- und Wettbewerbsanalysen zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Risikoreporting

Die Postbank nutzt verschiedene regelmäßige Reportinginstrumente zu den Geschäftsrisiken:

- I Im Rahmen des Risikotragfähigkeitsberichts wird dem Vorstand quartalsweise über die Höhe der Geschäftsrisiken berichtet.

- I Im Rahmen des monatlichen Risikoberichts wird der Vorstand zur Entwicklung des Modellrisikos informiert.

- I Das monatliche Marktrisikokomitee-Reporting informiert das MRK monatlich über die durch die Modellrisiken entstandenen spezifischen Geschäftsrisiken.

- I Die Volumenentwicklung der Kundenprodukte mit unbekannter Zins- und Kapitalbindung wird in einem täglichen Reporting überwacht.

- I Zu strategischen Risiken existieren in der Postbank mehrere Formen des Reportings. So wird dem Vorstand regelmäßig durch die Ergebnisse der Markt- und Wettbewerbsanalysen, durch quartalsweise Reviews zur Geschäftsentwicklung und im Rahmen des monatlichen und quartalsweisen Vorstands-Informationen-Systems (M- und Q-VIS-Reportings) Bericht erstattet. Darüber hinaus werden im Rahmen des Planungsprozesses strategische Risiken und Entwicklungen intensiv vorgestellt und diskutiert.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Als Teil des unternehmerischen Überwachungssystems prüft die Interne Revision – entsprechend den MaRisk – grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Postbank und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Töchtern reichen von einer Kontroll- und Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Interne Revision prüft in diesem Rahmen ebenfalls grundsätzlich jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Die Prüfungsplanung und Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgt tool-gestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Als regelmäßige Prüfungen werden im Rahmen des Jahresprogramms Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organi-

sationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Mit Blick auf die Einführung fortgeschrittener Risikomodelle hat die Bank im Geschäftsjahr die Prüfungsplanung für diesen Bereich deutlich ausgeweitet.

Darstellung der Risikolage

Angesichts der andauernden Finanzmarktkrise mit extremer Volatilität der Geld- und Kapitalmärkte und einer deutlichen Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in weiten Teilen der Welt hat sich die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung stark erhöht und stellt eine extreme Herausforderung für das Risikomanagement von Banken dar. Die ökonomische Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten werden im gesamten Sektor weiter unter Druck bleiben.

Die Postbank hat im Geschäftsjahr 2008 die Strukturen, Instrumente und Prozesse für das Risikomanagement und -controlling in den relevanten Risikoarten weiter ausgebaut und wird dieses auch im Jahr 2009 zielstrebig vorantreiben. Die Methoden und Verfahren entsprechen den aktuellen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Vor dem Hintergrund der historischen Dynamik des Abschwungs und der noch nicht klar absehbaren Wirksamkeit der weltweit aufgesetzten Konjunkturprogramme und dem konzertierten Vorgehen der Notenbanken ist die weitere Risikoentwicklung nur schwer abzuschätzen.

Die Verwerfungen haben die Kapitalmarktbestände und damit die Ergebnissituation der Postbank im Geschäftsjahr 2008 deutlich beeinträchtigt. Das im relativen Vergleich konservative Risikoprofil der Postbank mit dem Schwerpunkt auf einem gut diversifizierten Retail-Portfolio hat 2008 nicht verhindern können, dass sowohl auf der Kreditseite als auch auf der Marktpreisrisikoseite erhebliche Belastungen zu verzeichnen waren. Trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalmarktbeständen und -risiken bleiben angesichts des angespannten Marktumfelds erhebliche Risikopotenziale bestehen.

Die von dem Postbank Portfolio an strukturierten Kreditprodukten ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv im Hinblick auf potenzielle Ausfälle analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur laufend überwacht und gesteuert. Das gesamte Portfolio wird regelmäßigen Impairment-Tests unterzogen. Aufgrund der anhaltenden Verwerfungen an den Kapitalmärkten und der deutlichen Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung gehen wir im Jahresverlauf von weiteren Belastungen aus.

Im Kundenkreditgeschäft können die rezessiven Tendenzen und der damit verbundene Abschwung an den Immobilienmärkten zu steigenden Ausfallraten führen. Dies gilt in besonderem Maße für die gewerblichen Immobilienfinanzierungen in einigen Auslandsmärkten, bei denen von einem weiterhin herausfordernden Marktumfeld auszugehen ist. Bislang sind in unserem Portfolio jedoch nur sehr vereinzelt Signale für mögliche Zahlungsstörungen erkennbar. Die entsprechenden Bestände werden eng überwacht, sodass im Bedarfsfall frühzeitig Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen werden können.

Die Kreditbestände im Privatkundengeschäft weisen überwiegend eine gute Besicherung auf und haben zudem eine hohe Granularität. Derzeit sind aus Kreditrisikosicht, trotz der deutlichen Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insgesamt noch keine Auffälligkeiten erkennbar. Mit zunehmender Intensität und Dauer der rezessiven Entwicklung sind potenzielle Rückwirkungen auf die Kreditnehmer nicht auszuschließen.

Bei den Marktpreisrisiken liegt nach dem Abbau der Aktienbestände im Geschäftsjahr 2008 das Exposure vor allem im Bereich der Zins- und Credit-Spread-Risiken mit Schwerpunkt auf bonitätsmäßig guten Adressen.

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der vergleichsweise stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen solide. Angesichts der massiven Vertrauenskrise und der immer noch begrenzten Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts greift auch die Postbank auf die umfangreichen Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank zurück.

Bestandsgefährdende Risiken aus den dargestellten relevanten Risikoarten sind derzeit nicht erkennbar.

Ausstehende Verfahren

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftsersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten hin an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfe-Verbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutschen Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht.

Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Postbank bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit den Auskunftsersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutschen Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermö-

genstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutschen Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Postbank AG ist ebenso wie die Deutsche Post AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossenen Beihilfeprüfverfahrens. In dieser Entscheidung wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Deutsche Postbank AG und Deutsche Post AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt werden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Postbank AG teilt ferner die Auffassung der Deutschen Post AG, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

Unsere Gesellschaft ist der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes deutscher Banken zugeordnet. Im Zusammenhang mit einem aktuellen großen Schadensfall können wir Sonderbeiträge zu der Entschädigungseinrichtung nicht ausschließen.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Zu Beginn des Jahres 2009 befindet sich die Weltwirtschaft in einem kräftigen Abschwung. Dabei besteht große Unsicherheit darüber, wie lange dieser anhalten und wie tief er führen wird – ein derartiges Aufeinandertreffen einer Rezession mit einer schweren Finanzmarktkrise hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr gegeben. Aufgrund der kräftigen Leitzinssenkungen durch die Notenbanken, der Vielzahl von staatlichen Konjunkturpaketen und der stützenden Effekte des gesunkenen Ölpreises wird derzeit mehrheitlich erwartet, dass sich die Weltwirtschaft etwa zur Jahresmitte stabilisiert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet für 2009 jedoch lediglich mit einem Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung um 0,5%. Für die Weltwirtschaft wäre dies Rezessionsniveau.

Die USA stehen vor einem sehr schwierigen Jahr 2009. Die Arbeitslosenzahl ist bereits massiv gestiegen, bei den Immobilienpreisen hält der Abwärtstrend nach wie vor an, und die Unternehmen haben aufgrund der Finanzmarktkrise große Probleme, Kredite zu erhalten. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Investitionen erheblich sinken und auch der private Verbrauch unter das Niveau des Vorjahres fallen

wird. Stützende Effekte dürften dagegen über gedrosselte Importe vom Außenhandel ausgehen. Zudem sollten die geplanten staatlichen Konjunkturmaßnahmen in begrenztem Umfang stimulierende Wirkung entfalten. Dennoch wird ein Rückgang des BIP in den USA 2009 wohl nicht zu verhindern sein. Wir erwarten eine Reduzierung der Wirtschaftsleistung um 1,1%.

Japan ist zwar in geringerem Maße als andere Länder unmittelbar von der Finanzmarktkrise betroffen. Die Wirtschaft dürfte aber aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit auch 2009 stark unter dem globalen Abschwung leiden. Es ist anzunehmen, dass vom Außenhandel keine positiven Impulse mehr ausgehen und die Unternehmen ihre Investitionen weiter einschränken werden. Auch in Japan droht deshalb für 2009 ein Rückgang des BIP. Die chinesische Wirtschaft hingegen sollte 2009 weiterhin wachsen. Die Zunahme des BIP wird laut Prognosen des IWF allerdings nicht mehr die Größenordnung der vergangenen Jahre erreichen. Insbesondere dürfte die schwache weltwirtschaftliche Entwicklung das Wachstum der Exporte dämpfen. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage sollte demgegenüber von einem umfangreichen Infrastrukturprogramm profitieren, das von der Regierung beschlossen wurde.

Im Euroraum wird sich der Konjunkturabschwung 2009 zunächst fortsetzen. Im Jahresverlauf sollten aber die kräftigen Zinssenkungen der EZB, der niedrigere Ölpreis, der schwächere Euro sowie die staatlichen Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur allmählich Wirkung entfalten. Dies vorausgesetzt, könnte sich die Wirtschaft zur Jahresmitte stabilisieren und in der zweiten Jahreshälfte wieder leicht wachsen. Das Risiko, dass die Rezession länger andauert, ist aber beträchtlich. Rückläufig dürften sich 2009 vor allem die Investitionen entwickeln, da die Unternehmen aufgrund des sehr unsicheren Umfelds höchstwahrscheinlich sehr vorsichtig agieren werden. Auch vom Außenhandel sind aufgrund der schwachen globalen Nachfrage negative Impulse zu erwarten. Der private Verbrauch sollte demgegenüber trotz eines Anstiegs der Arbeitslosenzahl moderat wachsen, da die Realeinkommen der Haushalte – als Folge der deutlich nachlassenden Inflation – zulegen werden. Gleichwohl sollte das BIP des Euroraums 2009 erstmals seit Bestehen der Währungsunion sinken. Wir rechnen mit einem Rückgang um 1,6% gegenüber dem Vorjahr.

Konjunkturausblick für Deutschland

Auch die deutsche Wirtschaft wird aller Voraussicht nach vorläufig im Abwärtstrend verharren. Die Exporte sollten aufgrund der weltweit schwachen Investitionstätigkeit zunächst sinken, bevor sie sich – die erwartete Stabilisierung der Weltkonjunktur vorausgesetzt – im Verlauf des Jahres wieder leicht erholen werden. Auf das Gesamtjahr gesehen, dürfte der Außenhandel das BIP belasten. Zudem ist zu erwarten, dass die Unternehmen ihre Investitionen reduzieren, was negative Auswirkungen auch auf den bislang noch recht robusten Arbeitsmarkt vermuten lässt. Doch auch bei einem Anstieg der Arbeitslosenzahl dürfte sich der private Verbrauch positiv vom allgemeinen Abschwung absetzen und moderat steigen. Begründet ist diese Annahme durch die erwartbaren positiven Effekte einer – mit den Energie- und Rohstoffpreisen – stark zurückgehenden Inflationsrate. Üblicherweise beeinflusst dies die Konsumbereitschaft positiv. Dennoch wird auch das deutsche BIP 2009 nach unserer Einschätzung um 1,9% sinken.

Märkte

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung an den Märkten auch im ersten Halbjahr 2009 noch in hohem Maß von der globalen Finanzkrise und der Sorge vor einer lang anhaltenden Rezession geprägt sein wird. Damit könnten auch die Spreads, insbesondere an den Anleihemärkten, noch eine Zeit lang auf ihrem aktuell sehr hohen Niveau verharren. Gleichzeitig dürfte die Volatilität an den Finanzmärkten erhöht bleiben. Nach unserer Einschätzung wird sich der Trend einer schrittweisen Normalisierung an den Geldmärkten 2009 fortsetzen, nachdem die staatlichen Maßnahmen allmählich zu greifen beginnen.

Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins angesichts der sehr schwachen US-Wirtschaft auf seinem extrem niedrigen Stand belassen. Im Euroraum haben der Konjunkturabschwung und die weiter rückläufige Inflation der EZB Spielraum verschafft, den Leitzins zu Beginn des Jahres weiter von 2,5 % auf 2 % zu senken. Auf diesem Niveau sollte der EZB-Leitzins im weiteren Jahresverlauf verbleiben. Die Leitzinssenkungen haben in Verbindungen mit einem leichten Abbau der Verzerrungen an den Geldmärkten zu Jahresbeginn 2009 zu einem kräftigen Rückgang der Geldmarktzinsen geführt. Wir gehen davon aus, dass die Geldmarktzinsen auf der erreichten Stufe verharren. Die Kapitalmarktzinsen, die derzeit aufgrund der Rezession und der Finanzmarktkrise extrem niedrig sind, dürften dagegen moderat steigen. Wir rechnen daher damit, dass die Zinskurve im Euroraum tendenziell steiler wird.

Branchenausblick

Die deutschen Banken dürften 2008 mehrheitlich mit ihren Geschäftsergebnissen sehr deutlich hinter den guten Zahlen des Vorjahres zurückgeblieben sein. Eine Vielzahl von Instituten wird voraussichtlich stark negative Ergebnisse ausweisen. Die Belastungen aus der globalen Finanzmarktkrise sowie den oft schwächeren Provisionsüberschüssen und Handelsergebnissen sollten die Ertragsentwicklung erheblich belastet haben. Als Folge dessen sind bei vielen Instituten Dividendenkürzungen bzw. -ausfälle zu erwarten.

Aufgrund des immer noch schwierigen Kapitalmarktumfelds dürften sich Handels- und Finanzanlageergebnisse zumindest in den nächsten Monaten anhaltend schwach entwickeln. Das Ausmaß der – ausgelöst durch die Finanzkrise – erforderlichen Wertkorrekturen sollte dabei aber geringer ausfallen als im Jahr 2008. Mit dem Überschwappen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft dürfte jedoch der Risikoversorgebedarf, insbesondere bei Instituten mit starker Ausrichtung auf bestimmte Segmente im Geschäftskunden- und Mittelstandsgeschäft sowie auf unbesicherte Privatdarlehen stark ansteigen. Die Postbank dürfte davon aufgrund der Struktur ihres Kreditbuchs eher unterproportional betroffen sein. Eine rasche Erholung im Investment Banking ist für 2009 nicht in Sicht. Das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen sowie Neuemissionen zeigt wenig Anzeichen für eine Renaissance. Das nachhaltige Ertragsniveau vieler Institute dürfte daher hinter dem Niveau der letzten Jahre zurückbleiben.

Die Rettungspakete der Staaten und Notenbanken leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Finanzsektors. Der Kollaps systemrelevanter Institute soll verhindert werden. Die Staaten geben ihre Unterstützung oft aber nur bei Gegenleistung, die zum Teil die direkte Beteiligung des Staates an dem Finanzinstitut vorsieht.

In diesen Fällen können die Regierungen direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik des jeweiligen Instituts nehmen. Dies deutet auf eine zukünftig stärkere Regulierung des Finanzsektors hin. Die Maßnahmenpakete sollten ausreichend dimensioniert sein, um das Finanzsystem vor weiteren negativen Effekten mit eventuell gravierenden Folgen für den Geldkreislauf und die realwirtschaftliche Entwicklung zu bewahren. Auf Sicht der nächsten Wochen und Monate werden die Rettungspakete aller Voraussicht nach zu deutlichen Entspannungen am Interbankenmarkt führen, sodass die Liquiditätsversorgung wieder in wachsender Eigenverantwortung durch die Banken selbst erfolgen kann. Damit wäre die Voraussetzung dafür geschaffen, dass der Prozess der Kreditvergabe an Unternehmen, Nicht-Banken und private Haushalte keinen nachhaltigen Schaden nimmt.

Das Kreditgeschäft dürfte sich 2009 nach unserer Einschätzung in den einzelnen Segmenten erneut unterschiedlich entwickeln. Vor allem im ersten Halbjahr wird die anhaltende Rezession die Kreditnachfrage der Unternehmen voraussichtlich dämpfen. Mit einer nennenswerten Belebung der Ausrüstungsinvestitionen ist frühestens gegen Ende des laufenden Jahres zu rechnen. Das Volumen der konsumorientierten Kredite könnte sich 2009 hingegen stabilisieren, da der private Konsum nach einer sehr schwachen Bilanz im Jahr 2008 kaum mehr zurückgehen dürfte. Bei den Wohnungsbaukrediten sehen wir gute Chancen für eine moderate Belebung, und zwar sowohl im Neugeschäft als auch bei den Beständen: Zum einen haben die Preise für neue Wohnbauten nach Jahren der Stagnation oder des Rückgangs zuletzt etwas angezogen. Zum anderen dürfte die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten durch ein sinkendes Zinsniveau gestützt werden. Dem entgegen wirken allerdings die spread-bedingt höheren Refinanzierungskosten der Institute, insbesondere bei der Emission von Pfandbriefen.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2009

Die Investitionen der Postbank werden sich im Jahr 2009 auf die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen konzentrieren. Im Vordergrund stehen hierbei die Weiterentwicklung des 2008 gestarteten Programms zur Einführung von fortgeschrittenen Risikomodellen, der Abschluss des Projekts „Liquiditätssteuerung“, die Herstellung der SEPA-Fähigkeit unserer Zahlungsverkehrsplattform, die Umsetzung der GDPdU (Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen) sowie die Abgeltungssteuer.

Finanzziele der Postbank

Für 2009 ist mit anhaltend schwierigen Umfeldbedingungen an den Kapitalmärkten und mit einer weiteren Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Es ist aber auch davon auszugehen, dass die von den Regierungen mit Hochdruck umgesetzten Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems und zur Belebung der konjunkturellen Entwicklung Wirkung zeigen werden. Dennoch ist für das Bankensystem mit weiteren Belastungen zu rechnen. Das Ertragsniveau vieler Institute dürfte daher hinter den Werten der letzten Jahre zurückbleiben.

In diesem Umfeld werden wir unser Geschäftsmodell noch stärker auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden fokussieren. Angesichts der unverändert guten operativen Entwicklung – mit stabilen Ertragsströmen aus dem Kundengeschäft und unserer soliden Refinanzierungsbasis – sehen wir uns weiterhin gut aufgestellt. Im Rahmen unseres Strategieprogramms „Next Step“ werden wir unser

Kundengeschäft konsequent weiterentwickeln und die entsprechenden Maßnahmen durch deutliche, nachhaltig wirksame Impulse in der Gesamtbanksteuerung flankieren. Den eingeschlagenen Weg, kapitalmarktinduzierte Risiken und Bestände spürbar abzubauen, werden wir dabei weiterverfolgen. Ziel ist mittelfristig, die kundengeschäftsbezogenen Ergebnislinien Zins- und Provisionsüberschuss zu stärken. Auch unser Kostenmanagement werden wir trotz bereits erzielter nachhaltiger Erfolge in diesem Bereich nochmals intensivieren.

Es ist zu erwarten, dass die angespannte Situation an den Märkten und die Eintrübung der Konjunktur unsere Ertragslage im laufenden Geschäftsjahr weiterhin beeinträchtigen werden. Abhängig vom Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist auch ein Anstieg der Risikovorsorge wahrscheinlich. Unter der Voraussetzung, dass keine weitere makroökonomische Verschlechterung über das derzeit erwartete Niveau hinaus eintritt, gehen wir davon aus, dass die Gesamtbelastungen deutlich unter denen des Jahres 2008 liegen werden.

Aufgrund der beschriebenen Maßnahmen erwarten wir in den Jahren 2009 und 2010 – unter der Voraussetzung, dass keine weitere makroökonomische Verschlechterung über das derzeit erwartete Niveau hinaus eintritt – eine Verbesserung des Betriebsergebnisses der Postbank. Dieses wird durch ein kontinuierliches Wachstum der Erträge sowie ein konsequentes Kostenmanagement erreicht werden können.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 13. Februar 2009
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



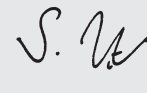
Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



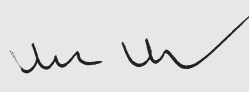
Marc Heß



Stefan Jütte



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2008 – Deutsche Postbank AG, Bonn

Aktivseite

	€	Vorjahr Mio €	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				909.725.923,78		1.032
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				2.173.617.086,44		2.172
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	2.172.130.355,73	2.170				
c) Guthaben bei Postgiroämtern				-,-	<u>3.083.343.010,22</u>	
2. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				2.856.240.270,20		1.673
b) andere Forderungen				31.505.347.162,41	<u>34.361.587.432,61</u>	24.182
3. Forderungen an Kunden					<u>69.224.897.166,78</u>	61.387
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	27.863.061.514,19	25.730				
Kommunalkredite	2.182.187.926,55	3.543				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere				-,-		
aa) von öffentlichen Emittenten				-,-		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	0				
ab) von anderen Emittenten			6.867.257.630,17	6.867.257.630,17		5.730
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.925.112.982,00	1.292				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			22.094.662.959,40			13.411
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	21.931.713.471,00	13.127				
bb) von anderen Emittenten			38.376.499.919,75	60.471.162.879,15		32.879
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	33.600.475.442,00	26.507				
c) eigene Schuldverschreibungen				245.438.329,37		71
Nennbetrag	251.939.052,00	73			<u>67.583.858.838,69</u>	
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					<u>973.709.597,53</u>	10.260
6. Beteiligungen					<u>16.881.751,54</u>	17
darunter:						
an Kreditinstituten	1.171.593,72	1				
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	0				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen					<u>13.688.594.633,28</u>	4.288
darunter:						
an Kreditinstituten	552.332.765,28	712				
an Finanzdienstleistungsinstituten	5.000.000,00	5				
8. Treuhandvermögen					<u>1.085.039.370,40</u>	1.174
darunter: Treuhandkredite	1.010.612.982,20	1.103				
9. Immaterielle Anlagewerte					<u>39.592.445,66</u>	17
10. Sachanlagen					<u>603.335.436,51</u>	639
11. Sonstige Vermögensgegenstände					<u>1.394.734.711,60</u>	1.365
12. Rechnungsabgrenzungsposten					<u>1.442.089.768,74</u>	965
Summe der Aktiva					193.497.664.163,56	161.262

Passivseite

	€	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			2.975.199.061,03		4.202
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			63.292.074.606,40	<u>66.267.273.667,43</u>	51.498
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	34.662.550.591,76				34.419
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	361.460.419,15	35.024.011.010,91			228
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	31.260.413.984,42				24.718
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33.926.381.348,87	65.186.795.333,29		<u>100.210.806.344,20</u>	26.746
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			11.832.010.880,78		
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten darunter:			2.726.902.708,91	<u>14.558.913.589,69</u>	7.407
Geldmarktpapiere	2.726.902.708,91	i.Vj. 763 Mio €			
4. Treuhandverbindlichkeiten				<u>1.085.039.370,40</u>	1.174
darunter: Treuhandkredite	1.010.612.982,20	i.Vj. 1.103 Mio €			
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>564.077.997,05</u>	805
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>1.188.938.620,49</u>	600
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			576.544.127,48		562
b) Steuerrückstellungen			135.879.217,07		34
c) andere Rückstellungen			592.398.404,23	<u>1.304.821.748,78</u>	271
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>3.776.691.033,58</u>	3.712
9. Genusssrechtskapital				<u>1.222.134.201,45</u>	1.216
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	48.008.134,65	i.Vj. 0 Mio €			
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>1.165.000.000,00</u>	1.165
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital			547.000.000,00		410
b) Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter			38.025.435,12		51
c) Kapitalrücklage			1.568.942.155,37		1.159
d) andere Gewinnrücklagen			0,00		648
e) Bilanzgewinn			0,00		237
				<u>2.153.967.590,49</u>	
Summe der Passiva				193.497.664.163,56	161.262
			€	€	Vorjahr Mio €
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			--		
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen*			<u>4.694.285.194,18</u>		3.462
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			--	<u>4.694.285.194,18</u>	
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			--		-
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen			--		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>20.446.265.740,76</u>	<u>20.446.265.740,76</u>	20.283

* Verpflichtungen aus Patronatserklärungen sind im Anhang unter Punkt C.I. angegeben

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Gewinn- und Verlustrechnung – Deutsche Postbank AG, Bonn, für die Zeit vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008

Vergleichszahlen vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

Aufwendungen

	€	€	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinsaufwendungen				<u>6.110.965.788,17</u>	4.575
2. Provisionsaufwendungen				<u>326.148.383,22</u>	239
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		515.893.875,90			500
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		223.272.360,60	739.166.236,50		202
	176.744.026,57	i. Vj. 154 Mio €			
b) andere Verwaltungsaufwendungen			1.561.213.291,39	<u>2.300.379.527,89</u>	1.455
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>39.334.393,81</u>	30
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>52.823.685,96</u>	53
6. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				<u>1.397.662.910,71</u>	901
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				<u>822.768.827,20</u>	13
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme				<u>4.640.818,60</u>	31
9. Außerordentliche Aufwendungen				<u>12.600.000,00</u>	0
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				<u>113.014.118,82</u>	25
11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen				<u>4.642.774,70</u>	8
12. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				<u>0,00</u>	4
13. Jahresüberschuss				<u>0,00</u>	237
Summe der Aufwendungen				<u>11.184.981.229,08</u>	8.273

			Erträge
	€	€	Vorjahr Mio €
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.338.160.558,11		4.091
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.440.479.623,51	<u>7.778.640.181,62</u>	1.777
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	28.963.276,20		738
b) Beteiligungen	137.680,23		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	378.540.361,35	<u>407.641.317,78</u>	11
3. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		<u>257.404.436,83</u>	243
4. Provisionserträge		<u>863.687.065,75</u>	767
5. Nettoertrag aus Finanzgeschäften		<u>30.861.694,42</u>	93
6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>26.150,70</u>	129
7. Sonstige betriebliche Erträge		<u>676.522.406,84</u>	424
8. Jahresfehlbetrag		<u>1.170.197.975,14</u>	0
Summe der Erträge		11.184.981.229,08	8.273

	€	Vorjahr Mio €
1. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>-1.170.197.975,14</u>	<u>237</u>
2. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	<u>453.095.532,49</u>	–
	<u>-717.102.442,65</u>	<u>237</u>
3. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	–,-	–
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	–,-	–
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	–,-	–
d) aus anderen Gewinnrücklagen	<u>680.452.221,00</u>	–
	<u>680.452.221,00</u>	<u>237</u>
4. Entnahmen aus Genusssrechtskapital	<u>23.449.819,15</u>	–
5. Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	<u>13.200.402,50</u>	–
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	–,-	–
b) in die Rücklage für eigene Anteile	–,-	–
c) in satzungsmäßige Rücklagen	–,-	–
d) in andere Gewinnrücklagen	–,-	–
7. Bilanzgewinn	<u>0,00</u>	<u>237</u>

Anhang

Deutsche Postbank AG

für das Geschäftsjahr 2008

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG (Postbank) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008.

Übertragung der BHW Bank AG, Hameln

Die BHW Bank AG, Hameln wurde am 21. Juli 2008 mit folgenden Werten rückwirkend zum 2. Januar 2008 auf die Postbank übertragen:

	Mio €
Barreserve	9.387
Forderungen an Kreditinstitute	174.338
Forderungen an Kunden	1.359.721
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	317.436
Aktien	10.219
Treuhandvermögen	13.020
Sonstige Aktiva	5.648
<hr/>	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161.563
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.338.369
Verbriefte Verbindlichkeiten	111.483
Treuhandverbindlichkeiten	13.020
Rückstellungen	40.248
Nachrangige Verbindlichkeiten	51.000
Genussrechtskapital	30.000
Sonstige Passiva	144.086

In den Forderungen an Kreditinstitute sind Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 24,2 Mio € enthalten.

Aufgrund der Größe der BHW Bank AG ist die Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen mit dem Berichtsjahr trotz der Verschmelzung gegeben.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Wie Umlaufvermögen bewertete Vermögensgegenstände

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, andere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit ihrem Nennwert angesetzt. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt.

Angekaufte Forderungen wurden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalte-

nen Namenspapiere und Schuldscheindarlehen sind nach § 340e Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem Nennbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwerten und den Anschaffungskosten wurden in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und planmäßig aufgelöst.

Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft sowie Länderrisiken wurde durch die Bildung von Wertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen in steuerlich zulässiger Höhe. Darüber hinaus besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren historischen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert (§ 340e Abs. 1 Satz 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB und § 280 HGB). Soweit Wertpapiere durch betrags-, währungs- und laufzeitkongruente Termin- oder Optionsgeschäfte gesichert wurden, sind Bewertungseinheiten gebildet worden. Bewertungsergebnisse wurden nicht berücksichtigt.

Soweit derivative Produkte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, sind sie zu aktuellen Marktpreisen bewertet worden. Für Bewertungsverluste wurden Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne wurden nicht vereinnahmt.

Die Postbank führt eine Portfoliobewertung für die Geldhandelsbücher in der Abteilung Geld- und Devisenhandel und Treasury Asset-Swaps durch. Die Zinsfutures, Optionen auf Zinsfutures und Geldmarktprodukte innerhalb der Handelsportfolios Geldmarkt-Kasse, Geldmarkt-Derivate, Geldmarkt-Portfolio und dem Handelsportfolio ASW-Derivate werden mit Marktkursen bewertet. Die sich ergebenden Bewertungsverluste werden mit Bewertungsgewinnen des Portfolios verrechnet. Eine sich ergebende Spitze wird erfolgswirksam vereinnahmt.

Das Verfahren einer risikoadjustierten Marktbewertung wird für die Geldhandelsportfolios und das Swap-Handelsportfolio angewandt. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis jedes dieser Portfolios um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (zehn Tage Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau, historischer Beobachtungszeitraum von einem Jahr) ermittelten Value-at-Risk (VaR) gekürzt. Damit wird sichergestellt, dass im Nettoertrag aus Finanzgeschäften keine schwebenden Gewinne aus risikobehafteten Portfolios ausgewiesen werden. Diese ergebniswirksame risikoadjustierte Marktbewertung wird durch einen bilanziellen Ausgleichsposten abgebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird.

Die Wertpapiermärkte in 2008 waren im Zuge der Finanzmarktkrise durch eine signifikante Ausweitung der Geld-Brief-Spannen geprägt. Aus dem massiven Rückgang der im Markt vorhandenen Liquidität resultierte ein deutlicher Rückgang des Handelsvolumens. Daher wurden die Barwerte für diese Wertpapiere mit einem Investment-grade-Rating nicht mehr mit indikativen Kursen, sondern mit einem Bewertungsmodell ermittelt. Bei dem Bewertungsmodell handelt es sich um eine Discounted-Cash-Flow-Methode. Aus den am Markt über aktuelle externe Ratings beobachtbaren kumulierten Ausfall-

wahrscheinlichkeiten je Ratingklasse und Laufzeit werden zunächst die erwarteten Verluste ermittelt und dann von den vertraglichen Cashflows der Anleihen abgezogen. Die so ermittelten ausfallbasierten Cashflows werden mit einer risikoadäquaten Zinskurve, die sich aus einem risikolosen (Basis-)Zinssatz und einem risikoadäquaten Spread-Aufschlag für die Illiquidität der Anleihen zusammensetzt, diskontiert. Hierbei wurden mittlerweile eingetretene Marktänderungen angemessen berücksichtigt.

Wie Anlagevermögen bewertete Vermögensgegenstände

Wie Anlagevermögen bewertete Wertpapiere wurden gemäß § 340e Abs.1 i. V. m. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) wurden zeitanteilig verteilt. Die Bestände werden buchhalterisch getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens geführt.

Asset Backed Securities sind in Teilen dem Anlagevermögen zugeordnet. Die enthaltenen synthetischen CDO stellen strukturierte Produkte nach IDW RS HFA 22 dar und werden bilanziell getrennt dargestellt.

Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden gemäß § 340e Abs. 1 S. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet.

Die Anteile an der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen (PB Spezialinvest) werden in den Anteilen an verbundenen Unternehmen ausgewiesen und aufgrund der Bewertungskontinuität wie Umlaufvermögen bewertet.

Die auf ausländische Währung lautenden Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit dem jeweiligen Anschaffungskurs in € umgerechnet.

Immaterielle Anlagewerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear, nach Maßgabe steuerlich zulässiger Werte.

Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen, entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer – orientiert an den steuerlichen AfA-Tabellen – angesetzt. Soweit erforderlich, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 150 € werden gemäß § 6 Abs. 2 EStG in voller Höhe als Betriebsausgabe angesetzt.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 150 €, aber nicht 1.000 € übersteigen, wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene und gezahlte Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps, deren Basiskontrakte noch im Bestand sind, werden grundsätzlich abgegrenzt und über die Laufzeit des Underlyings zeitanteilig aufgelöst. Gegen den Abschreibungsbedarf auf den Basiskontrakt wird kompensierend die Auflösung der Close-out-Zahlung gebucht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Agien/Disagien wurden zeitanteilig verteilt. Begebene Zerobonds sind mit dem Emissionswert zuzüglich anteiliger Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert. Die anteiligen Zinsen von Zerobonds wurden nach der Effektiv-Zinsmethode zugeschrieben.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Aufgrund der im Dezember 2007 erteilten Pfandbrieflizenz wurden zur Refinanzierung des Kundengeschäfts im Laufe des Geschäftsjahres 2008 Pfandbriefemissionen getätigt. Hervorzuheben sind die Emissionen von zwei Jumbo Hypothekendarlehen im Gesamtwert von 2,5 Mrd €. Sie haben eine Laufzeit von fünf bzw. sieben Jahren und werden mit 4,250 % bzw. 4,500 % jährlich verzinst.

Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ errechnet und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für laufende Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften bewertet.

Die Steuerrückstellungen und die anderen Rückstellungen wurden ausreichend bemessen und tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten stellen im Wesentlichen vier Emissionen von nachrangigen Schuldverschreibungen dar, die von für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften für 1.600 Mio € gekauft wurden. Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind nicht vor einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren rückzahlbar.

Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen mit ihren valutierenden Beträgen zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung wurden gemäß § 340h Abs. 1 Satz 2 HGB mit den am Bilanzstichtag gültigen Kassamittelkursen in € umgerechnet. Termingeschäfte, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt sind, wurden zum Terminkurs des Bilanzstichtages bewertet.

Ergebnisse aus der Umrechnung kursgesicherter Bilanzposten und korrespondierender schwebender Geschäfte wurden durch die Bildung von Ausgleichsposten neutralisiert.

Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestande und schwebenden Geschäfte werden in jeder Währung gemäß § 340h Abs. 2 S. 2 HGB als besonders gedeckt eingestuft und bewertet. Dementsprechend wurden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Erfolgsrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich nicht, da die am Bilanzstichtag bestehenden Positionen aufgrund der hohen Umschlaghaufigkeit zeitnah begründet worden sind.

III. Angaben über Beteiligungsverhältnisse

Die Postbank wurde zum 31. Dezember 2008 in den Konzernabschluss der Deutschen Post AG einbezogen. Der Konzernabschluss der Deutschen Post AG ist im elektronischen Bundesanzeiger hinterlegt.

IV. KWG Grundsätze

Im Berichtsjahr hielten sich die eigenen Mittel und die Liquidität der Postbank stets im Rahmen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht aufgestellten Grundsätze (§§ 10, 10a und 11 KWG).

Seit dem 31. März 2007 macht die Postbank Gruppe für ihr Einzelinstitut Deutsche Postbank AG von der Anwendung der Waiver-Regelung gemäß § 2a KWG Gebrauch und sieht von einer Einzelinstitutsmeldung in Verbindung mit § 10 KWG ab. Eine Einhaltung der SolvV-Quoten erfolgte damit nur noch auf Gruppenebene. Mit der Ausweitung der Waiver-Regelung wurde erstmalig per 31. März 2008 auch die Meldung gemäß § 13a KWG nicht mehr für das Einzelinstitut Deutsche Postbank AG abgegeben.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Aktivseite der Bilanz

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an verbundene Unternehmen enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	10.727	3.325
Forderungen an Kunden	5.185	4.503
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.983	4.466
Sonstige Vermögensgegenstände	347	1.004
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den nachfolgenden Positionen sind Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Forderungen an Kunden	54	71
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen sind in folgenden Positionen ausgewiesen:		
Forderungen an Kreditinstitute	21	21
Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10	0

Die Erhöhung der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus von der BHW Bausparkasse AG erworbenen Geldmarktpapieren sowie langfristigen Schuldverschreibungen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	343	105
davon mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren	0	0
davon vier Jahren oder länger	343	105

Wertpapierpensionsgeschäfte

Reverse Repos in Höhe von 7.604 Mio € wurden als Forderungen an Kreditinstitute bilanziert.

Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 507,5 Mio € wurden als Zinserträge erfasst.

Repos in Höhe von 14.800 Mio € wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Aus diesem Geschäftstyp entstandene Zinsen in Höhe von 528,7 Mio € wurden als Zinsaufwendungen erfasst.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Forderungen an Kunden		
Als Deckung verwendet mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	15.599	17.207
weniger als vier Jahren	48	49
davon vier Jahren oder länger	15.551	17.158
Sicherung durch Grundpfandrechte	27.863	25.730
davon als Deckung verwendet	13.422	13.231
Kommunaldarlehen	2.182	3.543
davon als Deckung verwendet	2.176	3.542

Die wesentliche Veränderung der Forderungen an Kunden resultiert im Berichtsjahr aus der Herauslegung neuer Wohnungsbaudarlehen mit einem Volumen von 3,9 Mrd €. Darüber hinaus wurden Forderungen von der Aareal Bank in Höhe von 1,5 Mrd € und von der Coreal Bank in Höhe von 0,7 Mrd € angekauft. Des Weiteren haben sich die Forderungen durch einen Anstieg der internationalen gewerblichen Finanzierungen in Höhe von 3,0 Mrd € erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf neu begebene inländische gewerbliche Finanzierungen in Höhe von 2,5 Mrd € sowie neu begebene internationale gewerbliche Finanzierungen in Höhe von 1,9 Mrd € bei Tilgungen von insgesamt 1,3 Mrd € zurückzuführen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	67.584	52.091
Geldmarktpapiere		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Geldmarktpapiere	6.867	5.730
nicht börsennotierte Geldmarktpapiere	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Von öffentlichen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	21.260	13.307
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	835	104
Von anderen Emittenten		
börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	37.663	31.913
nicht börsennotierte Anleihen und Schuldverschreibungen	714	966
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	486	7.138
Eigene Schuldverschreibungen		
börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	89	70
nicht börsennotierte eigene Schuldverschreibungen	156	1

Im Anlagevermögen sind 23 Wertpapiere mit einem Buchwert von 486 Mio € (im Vorjahr 7.138 Mio €) enthalten, bei denen, bei einer Bewertung mit den Börsenkursen des Bilanzstichtages, Abschreibungen in Höhe von 180 Mio € (im Vorjahr 413 Mio €) angefallen wären. Es handelt sich hierbei um 14 Asset Backed Securities (Buchwert 289 Mio €, Marktwert 173 Mio €), die in einem außereuropäischen Land emittiert worden sind, sowie um drei Asset Backed Securities (Buchwert 68 Mio €, Marktwert 59 Mio €), die in der Europäischen Union emittiert worden sind. Des Weiteren hält die Bank sechs Asset Backed Securities (Buchwert 130 Mio €, Marktwert 75 Mio €), die auf der Kanalinsel Jersey C. I. emittiert worden sind. Von diesen Wertänderungen wurden insgesamt 88,6 Mio € als Drohverlustrückstellung für in diese Papiere eingebetteten Kreditderivate erfasst.

Die Wertänderungen bei den verzinslichen Wertpapieren sind zins- und credit-spread-induziert und voraussichtlich nicht von Dauer. Für die gemäß IDW RS HFA 22 von den synthetischen Collateralized Debt Obligations abgespaltenen Credit Default Swaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 56,2 Mio € berücksichtigt. Weitere Rückstellungen in Höhe von 51,7 Mio € entfallen auf CIRC (Credit Investment Related Conduit), die als Forderungen an Kreditinstitute bilanziert sind.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
In dieser Position sind börsenfähige Wertpapiere enthalten in Höhe von:	283	712
davon börsennotierte Wertpapiere	283	689
davon nicht börsennotierte Wertpapiere	0	23
Nicht nach dem Niederstwertprinzip bewertete Wertpapiere	0	0

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Beteiligungen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	7	6
davon börsennotiert	7	6
davon nicht börsennotiert	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen		
In dieser Position sind börsenfähige Anteile enthalten in Höhe von:	13.334	4.147
davon börsennotiert	0	1.753
davon nicht börsennotiert	13.334	2.394

Anlagespiegel

	Historische Anschaffungskosten 01.01.2008	Zugänge	Abgänge	Wechselkurs-/ Zinsabgrenzungs- änderungen	Kumulierte Abschreibungen	Restbuchwert 31.12.2008	Abschreibung Geschäftsjahr 2008
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.502	45	-833	103	-92	6.725	-79
Beteiligungen	17	4	0		-4	17	-4
Anteile an verbundenen Unternehmen	4.288	10.244	-160		-683	13.689	-683
Sachanlagen	1.002	4	-4		-399	603	-36
Immaterielle Anlagewerte	26	26			-13	39	-3
Gesamt	12.835	10.323	-997	103	-1.191	21.073	-805

Mit Wirkung vom 15. Juli 2008 wurden die Spezialfonds 2–23 sowie der TGV 24 100 auf die vorher gegründete PB Spezialinvest in Höhe von 9,8 Mrd € eingebracht und in der Position Anteile an verbundenen Unternehmen ausgewiesen. Bei den Teilgesellschaftsvermögen handelt es sich ausnahmslos um die bisher bei der Postbank in den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren gehaltenen Spezialfonds.

Darüber hinaus enthalten die Zugänge bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen die Kapitalerhöhungen der PB (USA) Holdings, Inc. (107.373 T€) und der Betriebs-Center für Banken AG (BCB) (213.100 T€).

Weitere Zugänge betreffen im Rahmen eines Portfolioankaufs erworbenen Kommanditanteile der Ariadne Portfolio GmbH & Co. KG (20.805 T€), Anteile an der Ariadne Verwaltungs GmbH (25 T€) sowie Anteile an der Iphigenie Verwaltungs GmbH (25 T€). Mit Wirkung vom 1. August 2008 wurde die Ariadne Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn umfirmiert in die DSL Bank Portfolio GmbH & Co KG, Bonn und die Ariadne Verwaltungs GmbH, Wiesbaden am 31. Juli 2008 umfirmiert in die DSL Bank Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn. Darüber hinaus wurden diese Gesellschaften mit der Eintragung in das Handelsregister am 15. Oktober 2008 umfirmiert in DSL Portfolio GmbH & Co. KG und DSL Portfolio Verwaltungs GmbH.

Weiterhin sind die restlichen 1,6 % der Aktien der Minderheitsaktionäre der BHW Holding AG (39.360 T€) den Anteilen an verbundenen Unternehmen zugegangen. Somit hält die Deutsche Postbank AG 100 % der Anteile an der BHW Holding.

Der Abgang bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betrifft die Verschmelzung der BHW Bank AG (160.100 T€) nach Abspaltung des Depot-Fondsgeschäfts (25.600 T€) auf die Postbank.

Die Abschreibungen bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen betreffen die PB (USA) Holdings, Inc. (111.227 T€), die Postbank Finanzberatung AG (59.722 T€), BHW Holding AG (196.569 T€), Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH (18.407 T€) und die Postbank Vertriebsakademie GmbH (1.900 T€). Darüber hinaus wurden die Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezialinvest mit insgesamt 295.968 T€ abgeschrieben.

Das Transaction Banking der Postbank umfasst alle Abwicklungsleistungen rund um Zahlungsverkehr, Konto und Kredit. Bereits seit 2004 wurden über die Tochtergesellschaft Betriebs-Center für

Banken AG (BCB) externen Mandanten hochprofessionelle operative Dienstleistungen im Zahlungsverkehr angeboten, Nachforschungen und interne Konten bearbeitet. Zu den Mandanten zählen die Dresdner Bank, die Deutsche Bank sowie die HypoVereinsbank. Zum 1. Juli 2008 veräußerte die Postbank ihren Zahlungsverkehr an die BCB. Bei einem Kaufpreis von 198,5 Mio € wurde ein sonstiger betrieblicher Ertrag von 197 Mio € erzielt.

Die Sachanlagen enthalten die im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude in Höhe von 512 Mio € und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 13 Mio €.

Die immateriellen Anlagewerte entfallen im Wesentlichen auf den Geschäfts- und Firmenwert der Niederlassung London und im Berichtsjahr von der BHW Bank AG übernommenes Depotgeschäft. Die Abschreibungen erfolgen planmäßig über 15 Jahre.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Sonstige Vermögensgegenstände		
Hier werden im Wesentlichen folgende Werte ausgewiesen:		
Ausgleichsposten Portfoliobewertung	672	297
Nicht bankgeschäftliche Forderungen	350	1.004
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	147	0
Steuererstattungsansprüche	112	33
Variation Margin	55	1
Erstattungsanspruch PB Lebensversicherung AG (Talanx)	52	17
Einzugspapiere	2	7
Erstattungsanspruch an den Bund	0	0

Die Postbank weist unter den sonstigen Vermögensgegenständen im Wesentlichen Forderungen gegenüber der Postbank Filialvertrieb AG in Höhe von 223 Mio €, der PB Firmenkunden AG in Höhe von 49 Mio € und ein nicht realisiertes Bewertungsergebnis aus Eigenhandelsportfolios (Mark-to-Market-Bewertung) in Höhe von 672 Mio € aus.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
Close-out-Zahlungen bei Mikrowaps	1.057	510
Agioabgrenzungen aus Forderungen	147	214
Abgrenzung Emissionskosten/Disagio	75	71
Investitionszuschüsse	49	47

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Restlaufzeiten		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	31.505	24.182
bis 3 Monate	20.881	17.860
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.761	1.996
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.140	3.585
mehr als 5 Jahre	3.723	741
Forderungen an Kunden	69.225	61.387
bis 3 Monate	13.950	9.235
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.809	6.598
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	19.610	18.727
mehr als 5 Jahre	28.726	24.640
mit unbestimmter Laufzeit	2.130	2.187

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
im Folgejahr fällig werdend	13.271	10.883

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Fremdwährungsaktiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände	22.050	17.608

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Treuhandvermögen		
In dieser Position sind enthalten:	1.085	1.174
Forderungen an Kunden	1.024	1.123
Forderungen an Kreditinstitute	61	51

Den traditionellen Schwerpunkt bildet die Finanzierung von Maßnahmen zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes, insbesondere die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe im Haupt- und Nebenerwerb. In den neuen Bundesländern finanziert die Bank im Rahmen staatlicher Förderprogramme die Wiedereinrichtung und die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Unternehmen durch Gewährung von Darlehen und Zuschüssen sowie durch Zinsverbilligung und Bürgschaften.

II. Passivseite der Bilanz

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbundene Unternehmen		
In den nachstehenden Positionen sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in unverbriefter Form enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.932	1.320
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	491	158
Sonstige Verbindlichkeiten	126	139

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Sonstige Verbindlichkeiten		
Im Wesentlichen setzt sich diese Position zusammen aus:		
Steuerverbindlichkeiten	197	145
Nicht bankgeschäftliche Verbindlichkeiten	164	139
Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	0	340

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten		
Im Ausweis sind enthalten:		
Close-Out-Zahlungen bei Mikrowaps	903	449
Disagioabgrenzungen aus Forderungen	80	58
Upfront payments bei Handelsswaps	77	5
Über Pari-Anteil erworbener Par-Structure-Bonds	65	15
Emissionskosten/Agioabgrenzung begebene Anleihen	20	22
Zinsen und Gebühren Ratenkredite	0	0

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Rückstellungen		
In den anderen Rückstellungen sind enthalten:		
Personalbezogene Rückstellungen	109	93
Drohverlustrückstellungen aus Derivaten	352	63
Rückstellungen für Neustrukturierungsmaßnahmen	21	35

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Nachrangige Verbindlichkeiten

Angaben zu jeder Mittelaufnahme über mehr als 10% des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

ISIN	Währung	Betrag	Zinssatz	Fälligkeit
DE0001397081	€	500.000.000	variabel	04.11.2015
XF0002431707	€	500.027.000	6,005 %	23.12.2034
XF0002432002	€	500.076.000	5,991 %	29.06.2037

Die Bedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen aufgrund kurzfristiger Fälligkeiten nicht in vollem Umfang den Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG; ein außerordentliches Kündigungsrecht ist dem Gläubiger nicht eingeräumt.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Für die nachrangigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen (einschließlich anteiliger Zinsen und Agiobeträge) angefallen in Höhe von:	215	186

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Restlaufzeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	63.292	51.497
bis 3 Monate	41.635	34.285
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15.495	10.463
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.878	3.197
mehr als 5 Jahre	4.284	3.552

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Spareinlagen	361	228
bis 3 Monate	170	5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	53	59
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	138	164
mehr als 5 Jahre	0	0

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33.926	26.746
bis 3 Monate	6.626	6.136
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10.176	5.305
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.708	3.728
mehr als 5 Jahre	13.416	11.577

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Begebene Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig werdend	5.160	1.252

Für die Verbindlichkeiten sind keine Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen worden.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Fremdwährungspassiva		
Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Schulden	22.595	17.741

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Offenmarktgeschäfte		
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften waren Wertpapiere mit Rückkaufvereinbarung an den Pfandpool der LZB abgetreten	21.715	14.661

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Treuhandverbindlichkeiten	1.085	1.174
In dieser Position sind enthalten:		
Kapital Treuhandvermögen (Durchlaufende Kredite)	513	551
Kapital Zweckvermögen	447	415
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	68	152
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	45
Altenteilerrentenfonds	12	11

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Genussrechte	1.222	1.216
In dieser Position sind enthalten:		
Inhabergenussrechte	575	560
Namensgenussrechte	647	656

Aus historischen Gründen – unter anderem Fusion Postbank/DSL Bank, Übernahme BHW waren Genussrechte der Deutschen Postbank AG mit unterschiedlichen Anknüpfungspunkten für Ausschüttungsverpflichtung und Verlustteilnahme in Umlauf. Aus Gründen der Gleichbehandlung wurden den Gläubigern deshalb via Vertragsänderung – sofern eine Anpassung notwendig war – für alle Genussrechte eine einheitliche Ausschüttungsverpflichtung mit Anknüpfung an den Bilanzgewinn der Deutschen Postbank AG angeboten. Dieses Angebot wurde von einem überwiegenden Teil der Gläubiger, die an den Jahresfehlbetrag angeknüpft waren, in 2009 während der Aufstellung des Jahresabschlusses angenommen. Die Bank ist verpflichtet, die Genussrechtinhaber, die am Jahresfehlbetrag teilgenommen haben, in den folgenden drei Jahren vor Dotierung der anderen Gewinnrücklagen vorrangig zu bedienen und die um die Verlustbeteiligung geminderte Einlage wieder aufzufüllen.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 547 Mio € und ist vollständig in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Der Vorstand ist gemäß Satzung ermächtigt, das Grundkapital bis zum 24. März 2009 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser, auf den Namen lautender Stückaktien (Vorzugsaktien) gegen Sacheinlagen um bis zu 41 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen.

Am 27. Oktober 2008 hat der Vorstand unter taggleicher Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, von der Ermächtigung betreffend das Genehmigte Kapital II Gebrauch zu machen und 54.800.000 neue, auf den Namen lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von jeweils 2,50 € (Neue Aktien) unter Gewährung von Bezugsrechten (mit Ausnahme einer Aktienspitze von 133.334 Neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wurde) auszugeben.

Die Hauptversammlung der Postbank am 8. Mai 2008 hat die Vorratsbeschlüsse zum Erwerb eigener Aktien erneuert, die den Vorstand zum Erwerb eigener Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals ermächtigen.

Eigenkapitalentwicklung 2008	Gezeichnetes Kapital	Einlagen typisch stiller Gesellschafter	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn	Eigenkapital
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2008	410	51	1.159	648	237	2.505
Ausschüttung					-205	-205
Einstellung ins gezeichnete Kapital	137					137
Einstellung in die Kapitalrücklage			863			863
Einstellung in die Gewinnrücklagen				32	-32	0
Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-453		453	0
Entnahmen aus Gewinnrücklagen				-680	680	0
Entnahmen aus Genusssrechtskapital					24	24
Entnahmen aus Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter		-13			13	0
Bilanzverlust					-1.170	-1.170
Stand 31.12.2008	547	38	1.569	0	0	2.154

Aufgrund der Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Wertberichtigungen auf die Wertpapierbestände sowie Abschreibungen auf Beteiligungen weist die Postbank im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.170 Mio € aus. Durch die Verlustpartizipation der Gläubiger der stillen Einlagen sowie Teile der Genusssrechtsinhaber reduziert sich der Jahresfehlbetrag im Rahmen der Gewinnverwendung um 37 Mio €. Darüber hinaus löst die Postbank Gewinnrücklagen in Höhe von 680 Mio € und Kapitalrücklagen in Höhe von 453 Mio € auf und weist dadurch einen Bilanzgewinn von Null aus.

Gemäß § 10 Abs. 4a Satz 1 i. V. m. Abs. 4c KWG werden den Eigenmitteln nach Feststellung des Jahresabschlusses keine nicht realisierte Reserven zugerechnet.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Typisch stille Beteiligungen	38	51

Die typisch stillen Gesellschafter erhalten für jedes Geschäftsjahr, in dem ein Jahresüberschuss erzielt wird, eine Gewinnbeteiligung auf den Nennbetrag der Vermögenseinlage in Höhe des Prozentsatzes, den die Postbank der Ausschüttung auf das Grundkapital der Bank einschließlich offener Rücklagen zugrunde legt. Der Prozentsatz ist jeweils durch Mindest- bzw. Höchstsätze begrenzt. Im Fall eines Jahresfehlbetrags ist dieser von der stillen Einlage im Verhältnis ihres Buchwertes zum Gesamten in der Bilanz ausgewiesenen haftenden Eigenkapitals der Bank, das am Verlust teilnimmt, abzusetzen. Gleichzeitig erhalten die stillen Gesellschafter keine Vergütung für die Einlage. Für das Geschäftsjahr 2008 wurden die stillen Gesellschafter gemäß den vertraglichen Bedingungen am Jahresfehlbetrag beteiligt. Drei der stillen Gesellschaften wurden am 23. Januar 2009 aufgrund einer mit den Gesellschaften geschlossenen Vereinbarung vorzeitig beendet. Die vertraglichen Bedingungen der stillen Gesellschafter sehen vor, dass diese innerhalb der folgenden drei Jahre vorrangig bedient werden und somit die um die Verlustpartizipation geminderte Einlage vor Dotierung der Rücklagen wieder aufgefüllt wird.

III. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Structured Credit Products (SCP-Bestände) von ca. 796 Mio €, Abschreibungen auf Investmentfonds von 29 Mio € sowie Veräußerungsverluste aus Aktien und Investmentfonds von 162 Mio €.

Im Rahmen der Verschmelzung der BHW Bank AG auf die Postbank wurde eine Risikovorsorge gemäß § 340 f HGB in Höhe von 24,2 Mio € auf die Postbank übertragen. Diese Risikovorsorge wurde ergebniswirksam aufgelöst.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Aufwendungen für Kapitalerhöhung in Höhe von 14 Mio €, aus Gerichts- und Prozesskosten 10 Mio € und aus der Vergütung an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation 10 Mio €.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere enthalten im Wesentlichen Abschreibungen auf Beteiligungsbuchwerte der BHW Holding von 197 Mio €, der PB Spezial-Investmentgesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen von 296 Mio €, der PB Capital Corporation von 111 Mio €, der Postbank Finanzberatung von 60 Mio € und der Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH von 18 Mio €. Darüber hinaus wurden Wertberichtigungen auf Rentenwerte in Höhe von 136 Mio € vorgenommen.

Aus der Verschmelzung der BHW Bank AG auf die Postbank resultiert ein Verschmelzungsverlust in Höhe von 12,6 Mio €, der in den außerordentlichen Aufwendungen ausgewiesen wird.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen 113 Mio €, von denen insgesamt 73 Mio € auf die Ergebnisse der Betriebsprüfung für die Jahre 1998 bis 2000 und 2001 bis 2004 und der daraus resultierenden tatsächlichen Verständigung entfallen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten 538 Mio € Erträge aus Kostenerstattungen für Personal- und Sachaufwendungen. Im Geschäftsjahr 2008 wurde der Zahlungsverkehr der Postbank in die BCB übertragen. Aus dieser Ausgliederung resultiert ein Ertrag aus dem Abgang von Vermögenswerten in Höhe von 197 Mio €. Darüber hinaus enthält die Position 45 Mio € Erträge aus Mieten und Pachten und 19 Mio € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Deutschland	2.819	2.851
Übrige	82	55
Europa	82	55
Gesamt	2.901	2.906

Der Gesamtbetrag enthält die folgenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung: Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Nettoertrag aus Finanzgeschäften.

IV. Eventualverbindlichkeiten

Unter den Eventualverbindlichkeiten weist die Postbank eine Garantie gegenüber der PB Capital Corp. (PB Capital) in Höhe von 596 Mio € aus. Diese besteht im Wesentlichen aus Mietgarantien für Büroräume, Garantien für CP-Programme sowie Garantien für Swaps und Derivate. Des Weiteren weist sie eine Garantie gegenüber der PBI in Höhe von 1.690 Mio € aus. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u. a. die Großkreditgrenze der PBI überschreiten.

C. Sonstige Angaben

I. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gemäß Artikel 4 § 16 Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) zahlt die Postbank seit dem Jahr 2000 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge ihrer beurlaubten Beamten an eine zu diesem Zweck eingerichtete Unterstützungskasse. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Unterstützungskasse bestehen nicht, sondern sind durch den Bund zu tragen.

Bezüglich der potenziellen Risiken aus (Sonder-) Beiträgen zur Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands deutscher Banken verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht.

Der Barwert der Leasingverbindlichkeiten beträgt 86 Mio €.

Patronatserklärungen

Die Postbank trägt dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S. A., Luxemburg, PB Capital Corp., Delaware, USA, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle vier Delaware, USA, abgegeben.

Nachschussverpflichtung

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Postbank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerschädigungsgesetzes.

II. Mitarbeiter (durchschnittliche Arbeitskräfteeinheiten)

	Gesamt 2008	Gesamt 2007
Arbeitnehmer		
Vollzeit	2.831	2.936
Teilzeit	270	281
Beamte Vollzeit	1.924	2.268
Beamte Teilzeit	496	637
	5.521	6.122
Nachwuchs		
Auszubildende	265	244
Trainees	0	0
AIS-Studierende	15	15
	280	259
Gesamtsumme Mitarbeiter	5.801	6.381

III. Vergütung des Vorstands

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Vertragselemente werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats berät über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Die Festlegung der Vergütungshöhe der Mitglieder des Vorstands orientiert sich an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Sie entspricht damit den Vorgaben des § 87 Aktiengesetz (AktG).

Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert. Die Gesamtvergütung besteht aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind das Fixum (Grundgehalt) und Nebenleistungen. Das Fixum wird in 12 gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Standardmäßige erfolgsabhängige (variable) Vergütungskomponente ist der Jahresbonus.

Der Jahresbonus des Vorstandsvorsitzenden wird durch den Präsidialausschuss des Aufsichtsrats auf Grundlage der Geschäftsentwicklung des Unternehmens nach pflichtgemäßem Ermessen festgelegt.

Die Jahresboni der übrigen Vorstandsmitglieder werden auf der Grundlage quantitativer und/oder qualitativer Zielsetzungen gezahlt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres zu treffenden Zielvereinbarung. Sie setzen sich zu

50 % aus Unternehmenszielen der Deutschen Postbank AG zusammen und sind in dieser Komponente abhängig von Ergebniskennzahlen des Unternehmens (Unternehmererfolgsbonus). Die übrigen 50 % beziehen sich auf individuelle quantitative und/oder qualitative Ziele der jeweiligen Vorstände (Individualerfolgsbonus). Die Höhe richtet sich nach dem Grad, in dem vorab festgelegte Zielwerte erreicht oder überschritten werden.

Die Bonushöhe ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt. Ist der für das Geschäftsjahr festgelegte obere Zielwert realisiert, wird der maximale Jahresbonus gewährt.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats bei außergewöhnlichen Leistungen einen angemessenen Sonderbonus (besondere Erfolgstantieme) beschließen.

Im Übrigen ist das Verhältnis des möglichen variablen Vergütungsbestandteils zum fixen Vergütungsbestandteil aus Anreizgründen so bemessen, dass der mögliche variable Vergütungsbestandteil die Höhe des fixen Vergütungsbestandteils übersteigen kann.

Die Deutsche Postbank AG hat kein Aktienoptionsprogramm aufgelegt und plant dies derzeit auch nicht.

Die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands haben im Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 16.174,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) erhalten. Von diesem Gesamtbetrag entfallen 4.309,3 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (im Vorjahr 4.469,8 T€) und 11.865,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (im Vorjahr 6.059,2 T€).

Die erfolgsabhängige Komponente enthält die Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€; die Zusage wurde im Mai 2008 ausgesprochen. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten.

Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands.

Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 175,3 T€ (im Vorjahr 189,8 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Vorstandsvergütung 2008

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung		Gesamtsumme
	Fixum	Nebenleistungen	Jahresbonus	Sonderbonus ¹	
	T€	T€	T€	T€	
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	875,0	28,4	0	2.400,0	3.303,4
Dirk Berensmann	500,0	24,6	0	1.300,0	1.824,6
Dr. Mario Daberkow (Mitglied bis 30. November 2008)	241,7	15,2	0	900,0	1.156,9
Stefan Jütte	538,1	14,7	0	1.465,0	2.017,8
Horst Küpker (Mitglied seit 1. Juli 2008)	250,0	11,2	0	1.300,0	1.561,2
Guido Lohmann (Mitglied bis 30. November 2008)	229,2	19,1	0	900,0	1.148,3
Dr. Michael Meyer	350,0	16,8	0	1.300,0	1.666,8
Loukas Rizos (Mitglied bis 30. Juni 2008)	300,0	9,9	0	100,0	409,9
Hans-Peter Schmid	400,0	18,5	0	900,0	1.318,5
Ralf Stemmer	450,0	16,9	0	1.300,0	1.766,9
Gesamt	4.134,0	175,3	0	11.865,0	16.174,3

¹ Enthält Auszahlung einer einmaligen Leistungszusage (Sonderbonus) an die Vorstände im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung an der Gesellschaft in Höhe von 11.515,0 T€. Zudem sind erfolgsabhängige Zahlungen für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 350,0 T€ enthalten. Ohne diese Zahlungen ergibt sich eine Gesamtvergütung von 4.309,3 T€ (im Vorjahr 10.529,0 T€) für die zehn im Geschäftsjahr 2008 aktiven Mitglieder des Vorstands. Ein Jahresbonus (Unternehmens- und Individualerfolgsbonus) für das Geschäftsjahr 2008 wird nicht gezahlt.

Vorstandsvergütung 2007

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung		Gesamtsumme
	Fixum	Nebenleistungen			
	T€	T€	T€	T€	
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender seit 1. Juli 2007)	687,5	45,7	797,7	1.530,9	
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (Vorsitzender bis 30. Juni 2007)	555,0	14,6	825,0	1.394,6	
Dirk Berensmann	500,0	23,9	742,3	1.266,2	
Dr. Mario Daberkow	250,0	14,5	339,4	603,9	
Henning R. Engmann (Mitglied bis 31. März 2007)	125,0	7,8	200,0	332,8	
Stefan Jütte	512,5	14,2	761,1	1.287,8	
Guido Lohmann (Mitglied seit 1. Juli 2007)	125,0	9,8	161,5	296,3	
Dr. Michael Meyer (Mitglied seit 1. Juli 2007)	175,0	6,9	219,9	401,8	
Loukas Rizos	550,0	19,5	1.067,3	1.636,8	
Hans-Peter Schmid	400,0	16,5	464,0	880,5	
Ralf Stemmer	400,0	16,4	481,0	897,4	
Gesamt	4.280,0	189,8	6.059,2	10.529,0	

IV. Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähiges Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht. Eine Ausnahme hiervon bildet das Vorstandsmitglied Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Der Vorstandsvorsitzende hat den maximalen Versorgungsgrad von 60 % bereits erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrages durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Berensmann, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrages des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Lohmann, Dr. Meyer und Kúpker liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags. Dieser Versorgungsbeitrag wird einem virtuellen Versorgungskonto gut geschrieben und ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst. Derzeit liegt dieser Zinssatz bei 6%. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1% p. a.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Meyer und Kúpker haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres 31.12.2008	Maximal- versorgungs- grad	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung
	%	%	€
Dr. Wolfgang Klein (Vorsitzender)	60,00	60,00	180.264
Dirk Berensmann	58,00	60,00	162.226
Stefan Jütte	29,39	50,00	218.926
Hans-Peter Schmid	0	60,00	234.188
Ralf Stemmer	0	60,00	54.085

In den Fällen der Herren Schmid und Stemmer ist die Wartezeit noch nicht erfüllt, sodass zum Ablauf des Geschäftsjahres 2008 noch keine Anwartschaft auf Altersruhegeld aus der Versorgungszusage besteht. Bei Herrn Stemmer greifen vor Ablauf der Wartezeit die Bestimmungen der Versorgung, die vor Aufnahme der Vorstandstätigkeit zugesagt wurde.

	Beitragssumme für 2008	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2008	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung
	€	€	€
Horst Kúpker (seit 1. Juli 2008)	184.597	190.135	90.027
Dr. Michael Meyer	87.500	337.755	70.729

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 16,42 Mio € (im Vorjahr 4,95 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen beläuft sich auf 43,30 Mio €.

Sonstiges

Die Vorstände haben im Geschäftsjahr keine Leistungen Dritter erhalten, die im Hinblick auf die Tätigkeit als Vorstand zugesagt oder gewährt worden sind.

Abgesehen von den aufgeführten Versorgungszusagen sind keinem Vorstandsmitglied weitere Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit zugesagt worden.

V. Aufsichtsratsvergütung

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmalig im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei der Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2010 den Konzerngewinn pro Aktie des Geschäftsjahres 2007 übersteigt. Die Vergütung wird nach Ablauf der Hauptversammlung 2011 fällig.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen. Die auf Aufsichtsratsvergütung und Auslagen anfallende Umsatzsteuer wird erstattet. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtauf-sichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht über-schreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das Zweifache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjah-res dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für das Geschäftsjahr 2008 beträgt die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats 526 T€ (im Vorjahr 996 T€). Ergebnisbezogen erhält der Aufsichtsrat lediglich die fixe Vergütung.

Dem Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 2008 für seine Tätigkeit Auslagenerstattungen in Höhe von 17,5 T€ erstattet.

Die Gesamtvergütung gliedert sich auf die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats wie folgt:

	Fixe Vergütung	Variable Vergütung (jährlich)	Variable Vergütung (langfristig)	Sitzungsgeld	Summe	Vergütungsanspruch mit langfristiger Anreizwirkung*
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Dr. Frank Appel	45,5	–	–	2,5	48,0	45,5
Michael Sommer	45,0	–	–	1,8	46,8	45,0
John Allan	9,8	–	–	0,5	10,3	9,8
Wilfried Anhäuser	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Jörg Asmussen	6,1	–	–	0,3	6,4	6,1
Marietta Auer	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Rolf Bauermeister	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Wilfried Boysen	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Henry Cordes	1,8	–	–	0,3	2,1	1,8
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	–	–	3,5	33,5	30,0
Annette Harms	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Peter Hoch	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Elmar Kallfelz	25,1	–	–	3,0	28,1	25,1
Prof. Dr. Ralf Krüger	37,5	–	–	3,5	41,0	37,5
Dr. Axel Nawrath	4,9	–	–	0,0	4,9	4,9
Dr. Hans-Dieter Petram	19,9	–	–	1,3	21,2	19,9
Dr. Bernd Pfaffenbach	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Schlede	7,9	–	–	0,8	8,7	7,9
Thorsten Schulte	27,4	–	–	2,0	29,4	27,4
Eric Stadler	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Gerd Tausendfreund	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Renate Treis	22,5	–	–	2,5	25,0	22,5
Elmo von Schorlemer	15,0	–	–	1,3	16,3	15,0
Dr. Klaus Zumwinkel	7,0	–	–	0,0	7,0	7,0
Summe	485,4	–	–	40,8	526,2	485,4

*Grundlage für die Bewertung des langfristig erfolgsorientierten Vergütungsanspruchs ist die zu bildende Rückstellung.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 25 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2008 weniger als 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Bis zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 70,4 T€ (im Vorjahr 931 T€) gewährt. An im Geschäftsjahr 2008 ausgeschiedene Vorstandsmitglieder werden Kredite geführt. Die Kreditvaluta zum Bilanzstichtag beträgt insgesamt 528,38 T€. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex ist im Schadensfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstandsmitglieder vorgesehen. Die Höhe der Eigenbeteiligung beträgt zwischen ca. 10% und 40% des Jahresfestgehalts.

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

Termingeschäfte

Das Volumen der noch nicht abgewickelten Derivate, die einem Erfüllungsrisiko sowie Währungs-, Zins- und/oder sonstigen Marktpreisrisiken aus offenen und im Fall eines Adressenausfalls auch aus geschlossenen Positionen unterliegen, belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 681 Mrd € (Vorjahr: 528 Mrd €).

Auf der Folgeseite sind die bestehenden Kontrakte im derivativen Geschäft hinsichtlich ihrer Risikostruktur aufgegliedert (siehe Tabelle 1). Entsprechend den international üblichen Usancen werden die Nominalvolumen ausgewiesen. Bei dem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung von gegenseitig vereinbarten

Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Tabellen 2, 3 und 4 auf der Folgeseite erläutern die Angaben nach unterschiedlichen Kriterien. Neben den Angaben zur Laufzeitklasse nach Risikokategorie erfolgte eine Aufteilung nach Kontrahenten. Handelsgeschäfte wurden separat dargestellt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

	Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumen					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	624.878	483.655	14.753	5.259	-16.698	-5.257
FRA's	12.028	5.895	18	0	-11	-2
Zinsoptionen						
Käufe (long)	0	50	0	0	0	0
Verkäufe (short)	10	10	0	0	0	0
Caps, Floors	167	778	1	2	-1	-2
Sonstige Zinstermingeschäfte		0				
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures (Bund, Bobl, Schatz)	8.291	9.868	0	0	0	0
Zinsoptionen (Bund, Bobl, Schatz)	0	490	0	0	0	0
Insgesamt	645.374	500.746	14.772	5.261	-16.710	-5.261
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte/-swaps	31.564	22.763	892	216	-837	-300
Zins-Währungsswaps	1.385	1.439	175	14	-34	-244
Devisenoptionen						
Käufe (long)	192	286	7	4	-	-
Verkäufe (short)	149	181	0	0	-5	-4
Sonstige Währungstermingeschäfte		0				
Börsengehandelte Produkte						
Devisenfutures	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	33.290	24.669	1.074	234	-876	-548
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte						
Aktien-/Index-Optionen						
Käufe (long)	40	85	0	8	0	0
Verkäufe (short)	47	82	0	0	-1	-9
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte						
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Index-Futures	5	117	0	0	0	0
Aktien-/Index-Optionen	25	259	1	2	0	-1
Insgesamt	117	543	1	10	-1	-10
Kreditderivate						
Käufe	517	515	30	2	-5	0
Verkäufe	1.524	1.442	4	4	-199	-36
Insgesamt	2.041	1.957	34	6	-20.4	-36
Gesamtbestand	680.822	527.915	15.881	5.511	-17.791	-5.855

Derivative Geschäfte – Restlaufzeiten								
Nominalwerte in Mio €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Kreditderivate	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	48.020	64.223	29.236	17.896	51	328	191	7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	66.701	51.556	3.284	5.478	0	51	413	73
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	171.727	114.877	436	970	66	164	659	1.058
mehr als 5 Jahre	358.926	270.090	334	325	0	0	779	819
Insgesamt	645.374	500.746	33.290	24.669	117	543	2.042	1.957

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung						
Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Kontrahenten						
Banken in der OECD	678.000	525.862	15.765	5.485	-17.627	-5.804
Banken außerhalb der OECD	795	0	21	0	-101	0
Sonstige Kontrahenten	2.027	2.053	95	26	-63	-51
Insgesamt	680.822	527.915	15.881	5.511	-17.791	-5.855

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte						
Nominalwerte in Mio €	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2007 Mio €
Zinskontrakte	580.248	457.520	14.333	4.928	-13.850	-4.622
Währungskontrakte	18.950	16.055	527	174	-459	-239
Aktienkontrakte	30	370	1	2	0	-1
Kreditderivatekontrakte	0	0	0	0	0	0
Handelsgeschäfte insgesamt	599.228	473.945	14.861	5.104	-14.309	-4.862

VI. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

	Beteiligungs- verhältnisse %	31.12.2008 Eigenkapital T€	31.12.2008 Jahresergebnis T€
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	232.612	9.406 ²
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	1.313	2.529 ²
BHW Holding AG, Berlin/Hamel	100,0	728.231	-211.446 ²
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ^{1,2}
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ^{1,2}
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	9	16 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	0	18 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	23	9 ⁴
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	47	23 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	54	3 ⁴
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	671.386	65.961 ³
Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn	100,0	10.226	0 ^{1,2}
DSF Deutsche System Finanzplan Gesellschaft für Finanzdienstvermittlung mbH, Bonn	100,0	30	0 ³
DSL Holding AG i.A., Bonn	100,0	54.695	-376 ²
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	0	0 ³
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	24	-1 ³
DVD Gesellschaft für DV-gestützte Dienstleistungen mbH & Co. KG, Köln	51,0	2.506	2.112 ³
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	213	188 ³
easytrade services GmbH, Leipzig	100,0	25	0 ^{1,2}
Iphigenie Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	23	-1 ²
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,0	25	-3 ³
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main (TGV 2-24)	100,0	9.567.871	365.972 ²
PB (USA) Holdings Inc., Wilmington, Delaware	100,0	308.976	-166.727 ⁴
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	25	0 ^{1,2}
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ^{1,2}
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	18.755	3.078 ²
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ^{1,2}
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ^{1,2}
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	7.364	4.883 ³
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.573	0 ^{1,2}
Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln	100,0	897	408 ²
RALOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München	94,0	0	322 ³
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	12.279	2.932 ²
Beteiligungen			
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	-	- ⁵
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	-658	-233 ³

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² vorläufiger Jahresabschluss 2008

³ Jahresabschluss zum 31.12.2007

⁴ vorläufiger IAS-Jahresabschluss 2008

⁵ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG bzw. des Konzerns Deutsche Postbank von untergeordneter Bedeutung sind.

Die vollständige Aufstellung des Beteiligungsbesitzes gemäß §§ 313, 287 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger einsehbar.

Deckungsrechnung

	2008 Mio €	2007 Mio €
Deckung der Pfandbriefe		
deckungspflichtige Pfandbriefe	1.168	1.423
Deckungswerte	2.143	2.583
Überdeckung	975	1.160
Deckung der Kommunalschuldverschreibungen		
deckungspflichtige Kommunalschuldverschreibungen	2.482	3.943
Deckungswerte	2.957	4.544
Überdeckung	475	601
Deckung der Namenspapiere Typ C		
deckungspflichtige Namensschuldverschreibungen	14.273	13.307
Deckungswerte	16.197	14.408
Überdeckung	1.924	1.101
Deckung der Inhaberpapiereregister D		
deckungspflichtige Pfandbriefe	3.550	0
Deckungswerte	5.228	0
Überdeckung	1.678	0
Deckung der Zinsaufwendungen für Pfandbriefe		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe	63	72
Zinserträge aus Deckungswerten	87	106
Überdeckung	24	34
Deckung der Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen		
Zinsaufwendungen für Kommunalschuldverschreibungen	113	154
Zinserträge aus Deckungswerten	110	199
Überdeckung	-3	45
Deckung der Zinsaufwendungen für Namenspapiere Typ C		
Zinsaufwendungen für Namensschuldverschreibungen Typ C	632	583
Zinserträge aus Deckungswerten	735	656
Überdeckung	103	73
Deckung der Zinsaufwendungen für Inhaberpapiere		
Zinsaufwendungen für Pfandbriefe Register D	159	0
Zinserträge aus Deckungswerten	245	0
Überdeckung	86	0

Lagebericht

Jahresbilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk

VII. Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)

A) § 28 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 3 PfandBG

1. Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und dafür verwendete Deckungswerte

	Nennwert	Nennwert	Barwert	Barwert	Risikobarwert	Risikobarwert *
	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
Deckungswerte **	5.215,2	0,0	5.655,8	0,0	6.141,4	0,0
davon Derivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hypothekendarlehen	3.550,0	0,0	3.802,8	0,0	3.951,2	0,0
Überdeckung in %	46,9	0,0	48,7	0,0	55,4	0,0

* dynamisches Verfahren

**einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG

2. Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG, nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Darlehen

	Deckungswerte	Deckungswerte	Hypothekendarlehen	Hypothekendarlehen
	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
bis zu 1 Jahr	107,2	0,0	550,0	0,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.475,6	0,0	1.990,0	0,0
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.005,2	0,0	1.010,0	0,0
mehr als 10 Jahre	1.627,2	0,0	0,0	0,0
Summen	5.215,2	0,0	3.550,0	0,0

B) § 28 Abs. 2 Nr. 1 a PfandBG

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größenklassen

	Hypothekendeckungswerte	
	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
bis einschließlich 300.000 €	4.555,9	0,0
mehr als 300.000 € bis einschließlich 5 Mio. €	66,8	0,0
mehr als 5 Mio. €	0,0	0,0
Summen	4.622,7	0,0

C) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und c PfandBG

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die belehnten Grundstücke liegen sowie nach Nutzungsart

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
Summen	4.622,7	0,00	0,00	0,00

Hypothekendeckungswerte				
	Wohnwirtschaftlich	Wohnwirtschaftlich	Gewerblich	Gewerblich
	IV/2008 Mio €	IV/2007 %-Anteil	IV/2008 Mio €	IV/2007 %-Anteil
Deutschland	2.012,1	38,6	0,0	0,0
Wohnungen	2.224,6	42,7	0,0	0,0
Einfamilienhäuser	386,0	7,4	0,0	0,0
Mehrfamilienhäuser	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürogebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Handelsgebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Industriegebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige gewerbliche Gebäude	0,0	0,0	0,0	0,0
Unfertige Neubauten	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauplätze	0,0	0,0	0,0	0,0
Summen Deutschland	4.622,7	88,7	0,0	0,0

D) § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekendarlehen

	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
Summen	0,00	0,00

E) Ersatzdeckung

	IV/2008 %	IV/2007 %
Anteil der Ersatzdeckung (§ 19 Abs. 1)	16,7	0
davon in Deckungswerten gemäß § 4 Abs. 2	16,7	0

F) Am Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie die im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

	IV/2008 Mio €	IV/2007 Mio €
Summen	0,00	0,00

Angaben bezüglich der §§ 28 Abs. 2 ff PfandBG waren zum 31. Dezember 2008 sowie für den Vergleichszeitraum 2007 nicht erforderlich.

VIII. Andere Angaben

Nach § 2 Abs. 4 Postumwandlungsgesetz (PostUmwG) trägt der Bund die Gewährleistung für die Erfüllung der zum Zeitpunkt der Eintragung der Deutschen Postbank AG in das Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten.

Für die Spareinlagen endete die Gewährleistung nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Handelsregistereintragung.

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e. V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Abs. 1 Nr. 17 HGB:

Die im Berichtsjahr aufwandswirksam erfassten Honorare für Abschlussprüfer in Höhe von 11,4 Mio € resultieren aus Leistungen im Rahmen der Abschlussprüfung in Höhe von 3,7 Mio €, sonstigen Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen in Höhe von 4,1 Mio €, Steuerberatungsleistung in Höhe von 0,5 Mio € sowie sonstigen Leistungen in Höhe von 3,1 Mio €.

IX. Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben gemeinsam am 28. November 2008 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2008 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

D. Namen der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Dr. Wolfgang Klein, Bonn (Vorsitzender)	
Dirk Berensmann, Unkel	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	bis 30. November 2008
Marc Heß, Bonn	seit 1. Januar 2009
Stefan Jütte, Bonn	
Horst Küpker, Bad Honnef	seit 1. Juli 2008
Guido Lohmann, Dülmen	bis 30. November 2008
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Loukas Rizos, Bonn	bis 30. Juni 2008
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2008 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Dr. Wolfgang Klein	Vorsitzender
Funktion	
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 30. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Comma Soft AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	
Mitglied des Vorstands	Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin
Mitglied des Beirats	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln

2009 aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
--	------------------------------------

Dirk Berensmann

Funktion	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln*
Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro Holding A/S, Taastrup, Dänemark
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Vorstands	e-Finance Lab Universität, Frankfurt am Main

Neues Mandat ab 2009

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
--	-----------------------------

* vormalig einsnull IT-Support GmbH, Köln

Dr. Mario Daberkow	Mitglied des Vorstands bis 30. November 2008
--------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	CREDA Objektanlage- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Board of Directors (seit 9. Mai 2008)	Eurogiro NCIP A/S, Taastrup, Dänemark

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 11. September 2008)	Betriebs-Center für Banken Payments & Services GmbH, München
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Marc Heß	Mitglied des Vorstands seit 1. Januar 2009
----------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Stefan Jütte

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Leasing GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Factoring GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corp., Wilmington, Delaware, USA
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 10. November 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BVVG Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	IVG Institutional Funds GmbH, Wiesbaden
Mitglied des Beirats	CorpusSireo Immobiliengruppe, Düsseldorf

Horst Küpker	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2008
--------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 17. April 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 4. April 2008)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 15. April 2008) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 14. April 2008)	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Mitglied und stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2008)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 15. Mai 2008)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 15. Mai 2008)	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Mai 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2008)	BHW Bank AG, Hameln
---	---------------------

Guido Lohmann	Mitglied des Vorstands bis 30. November 2008
---------------	---

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. November 2008)	BHW Immobilien GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. November 2008)	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln

Dr. Michael Meyer	
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009) Mitglied des Aufsichtsrats (vom 1. Mai 2008 bis 31. Januar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Beirats	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 30. Juni 2008)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 15. Mai 2008)	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2008)	BHW Bank AG, Hameln
--	---------------------

Neues Mandat ab 2009

Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2009)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
---	-------------------------------

Loukas Rizos	Mitglied des Vorstands bis 30. Juni 2008
--------------	---

Funktion	Gesellschaft
----------	--------------

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 16. April 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 3. April 2008)	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 14. Mai 2008)	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats (bis 14. Mai 2008)	Deutsche Postbank Vermögens- Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2008)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München

Im Laufe des Jahres aufgegeben Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 29. Juni 2008)	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. April 2008)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln

Neues Mandat ab 2009

Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2009)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
--	------------------------------------

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Vertriebsakademie GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Privat Investment Kapitalanlagegesellschaft mbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln*
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Danzas Deutschland Holding GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats	DHL Freight GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekom- munikation Deutsche Bundespost, Bonn

*vormals einsnull IT-Support GmbH, Köln

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel, Vorsitzender des Vorstands Deutsche Post AG, Königswinter (Vorsitzender seit 3. März 2008)	seit 19. Februar 2008
Dr. Klaus Zumwinkel, Köln	bis 18. Februar 2008
John Allan, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn	seit 8. Mai 2008
Jörg Asmussen, Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	bis 27. Mai 2008
Wilfried Boysen, Hamburg	
Henry B. Cordes, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	seit 19. November 2008
Prof. Dr. Edgar Ernst, Unternehmensberater, Bonn	
Dr. Peter Hoch, München	
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg	
Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	vom 27. Juni 2008 bis 24. Oktober 2008
Dr. Hans-Dieter Petram, Inning	
Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Wachtberg-Pech	
Dr. Klaus Schlede, Carabetta/Lugano	bis 8. Mai 2008
Elmo von Schorlemer, Rechtsanwalt, Aachen	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer	
Michael Sommer, Vorsitzender Deutscher Gewerkschaftsbund, Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)	
Wilfried Anhäuser, Vorsitzender Gesamtbetriebsrat Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen	
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching	
Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin	
Annette Harms, Stv. Vorsitzende Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Hamburg	
Elmar Kallfelz, Mitglied Europäischer Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat Deutsche Post AG, Wachtberg	
Torsten Schulte, Vorsitzender Konzernbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Hessisch Oldendorf	
Eric Stadler, Vorsitzender Betriebsrat Deutsche Postbank AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis, Stv. Vorsitzende Gesamtbetriebsrat Deutsche Postbank AG, Brühl	

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2008 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Dr. Frank Appel	Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 3. März 2008
Funktion	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 1. Mai 2008)	Williams Lea Holding PLC
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Williams Lea Group Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Exel Investments Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Exel Limited
Mitglied des Board of Directors (bis 1. Mai 2008)	Tibbett & Britten Group Limited
Dr. Klaus Zumwinkel	
Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 18. Februar 2008	
Funktion	
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Februar 2008)	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 28. April 2008)	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Dezember 2008)	Arcandor, Essen
Mitglied des Board of Directors (bis 7. April 2008)	Morgan Stanley, Delaware, USA

John Allan	Mitglied des Aufsichtsrats seit 8. Mai 2008
Funktion	
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Non-Executive Director	National Grid plc
Mitglied des Board of Directors	ISS Holding A/S

Jörg Asmussen	Mitglied des Aufsichtsrats bis 27. Mai 2008
Funktion	
Vorsitzender des Verwaltungsrats (seit 12. August 2008)	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Mai 2008)	IKB-Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 27. Mai 2008)	Euler Hermes Kreditversicherung-AG, Hamburg

Wilfried Boysen	
Funktion	
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2008)	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Henry B. Cordes	Mitglied des Aufsichtsrats seit 19. November 2008
-----------------	---

Funktion	
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	TLG Immobilien GmbH
Mitglied des Aufsichtsrats	T-Mobile International AG
Stv. Mitglied des Kuratoriums	Deutsche Museumsstiftung Post und Telekommunikation, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2008)	DB Schenker

Prof. Dr. Edgar Ernst	
Funktion	
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 24. April 2008)	Allianz Versicherungs-AG, München

Dr. Peter Hoch	
Funktion	
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hamel
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger	
Funktion	
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	KMS Asset Management AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Beirats	SIREO REAL Estate Asset Management GmbH, Heusenstamm

Dr. Axel Nawrath	Mitglied des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2008 bis 24. Oktober 2008
------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bahn AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 2008)	Deutsche Bahn ML AG, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Oktober 2008)	KfW-IPEX Bank, Frankfurt am Main

Dr. Hans-Dieter Petram

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Dr. Bernd Pfaffenbach

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Lufthansa Cargo AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	KfW-IPEX Bank, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2008)	Deutsche Bahn AG, Berlin

Dr. Klaus Schlede	Mitglied des Aufsichtsrats bis 8. Mai 2008
-------------------	---

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Mitglied des Verwaltungsrats	SWISS International AIR LINES AG, Basel, Schweiz
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 15. Mai 2008)	Deutsche Telekom AG, Bonn

Elmo von Schorlemer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Schneider Golling Die Assekuranz- makler AG, Düsseldorf
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum AG, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Finum Finanzhaus AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats (ab Dezember 2008)	Hannover Direkt Versicherung AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Dezember 2008)	VHV Allgemeine Versicherung AG, Hannover

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Michael Sommer

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Telekom AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis Dezember 2007)	DGB Rechtsschutz GmbH, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis Mai 2008)	Salzgitter AG, Salzgitter

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 6. Mai 2008)	Deutsche Post AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 30. November 2008)	Deutsche BKK

Annette Harms

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Elmar Kallfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekom- munikation Deutsche Bundespost, Bonn

Torsten Schulte

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln/Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats (seit Juni 2008)	Sparkassenzweckverband der Sparkasse Weserbergland

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Postbank AG vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Bonn, den 13. Februar 2009
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Dr. Wolfgang Klein



Dirk Berensmann



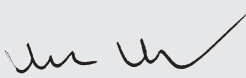
Marc Heß



Stefan Jütte



Horst Küpker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 18. Februar 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Susanne Beurschgens
Wirtschaftsprüferin

Impressum

Herausgeber
Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations
Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz
EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion
Postbank
Investor Relations

Dieser Bericht wurde auf
100 %igem Recyclingpapier gedruckt.

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Berichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Berichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

